

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

RUB Bochum

Inst. z. Gesch.
d. Arbeiterbew.

820346



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 44 vom 2. November 1979

13. Jahrgang

1 DM

13 000 in einem Jahr **AEG plant** **Massenentlassungen**

Banken drängen auf verschärfte Rationalisierung

Die Krise der AEG, des hinter Siemens zweitgrößten Elektrokonzerns der Bundesrepublik, treibt einem neuen Höhepunkt zu. Und bezahlen sollen wieder einmal die Arbeiter und Angestellten des Multis. Allein 1980 wollen die Bosse 13 000 Kollegen auf die Straße setzen.

Dieser Plan wurde in der vergangenen Woche nach einer Aufsichtsratssitzung des Konzerns bekannt. Die AEG steckt bekanntlich schon seit Jahren tief in der Krise. Sie mußte sich aus einigen Branchen ganz zurückziehen und mehrere größere Beteiligungen, darunter bei der KWU, bei Osrath und Hochtief, aufgeben. Darüber hinaus ist die Geschichte dieses Konzerns im letzten Jahrzehnt begleitet von einer beispiellosen Vernichtung von Arbeitsplätzen. Allein zwischen 1970 und 1978 fielen dem Rationalisierungsprogramm der Bosse rund 50 000 Arbeitsplätze zum Opfer. 21 Betriebe der AEG wurden im gleichen Zeitraum geschlossen.

Jetzt auf der Aufsichtsratssitzung haben sich die hinter der AEG stehenden Banken auf ein — wie sie es nennen — „neues Unternehmenskonzept“ geeinigt. Wenn auch über den

konkreten Inhalt dieses Konzepts geschwiegen wurde (erst Anfang Dezember sollen nähere Informationen gegeben werden), so kann man sich doch schon ein Bild davon machen, wie die Bosse sich die weitere Sanierung des angeschlagenen Konzerns vorstellen.

Zunächst einmal soll der Chef der Dresdner Bank, der ehemalige Wirtschaftsminister Friderichs, den Vorsitz im Aufsichtsrat der AEG übernehmen. Damit werden die Banken den Konzern noch direkter ihrer Kontrolle unterstellen. Sie denken auch nicht daran, der AEG etwa durch einen Verzicht auf Kreditrückzahlungen wieder auf die Beine zu helfen (allein für die Schuldentilgung muß der Konzern jährlich etwa 350 Millionen Mark aufbringen). Die Sanierung soll vielmehr nach bewährtem Muster auf dem Rücken der Arbeiter und

Angestellten betrieben werden.

Das bedeutet einmal eine neue Welle von Massenentlassungen, wobei in der letzten Woche die erwähnte Zahl von 13 000 für das nächste Jahr genannt wurde. Darüber hinaus wurde bekannt, daß der Konzern in der nächsten Zeit 20 bis 25 Prozent aller Verwaltungsangestellten auf die Straße setzen will. Außerdem bedeutet diese kapitalistische Sanierung die Schließung von weiteren Produktionsstätten. Hier wird in letzter Zeit immer häufiger der AEG-Bereich Telefunken genannt. Die Unterhaltungselektronik ist vor kurzem aus diesem Bereich schon ausgegliedert worden.

Die sogenannten Arbeitnehmervertreter bei der AEG haben zwar gegen die für nächstes Jahr geplanten Massenentlassungen protestiert, dem „neuen Unternehmenskonzept“ im Grundsatz jedoch zugestimmt. Das ist ein deutliches Alarmzeichen für die Kollegen der AEG. Sie dürfen nicht auf diese falschen Vertreter ihrer Interessen warten, sondern müssen selbständig den Kampf gegen die Angriffe der Bosse aufnehmen.

verdoppelt, den „besten Panzer der Welt“. Lobende Worte fand auch der Generalinspekteur des Heeres, Poepel, bei der Übergabezeremonie in München. Er rühmte Schnelligkeit und Schußkraft des neuen Panzers und erklärte, daß die Bundeswehr mit der Einführung des Leopard 2 einen „deutlichen Sprung nach vorn“ machen würde. Das ist wohl wörtlich zu verstehen. Denn während in Bonn endlose Debatten über die angestrebte Abrüstung geführt werden, gibt es bei der Bundeswehr tatsächlich nur eine Richtung — den „Sprung nach vorn“ zu einer immer höher geschraubten Aufrüstung. Und sicher träumt heute schon so mancher Herr in Bonn davon, mit dem neuen Leopard auch den „Sprung nach vorn“ über die Grenzen zu neuen Eroberungskriegen zu machen.

Leopard 2 in Serienproduktion

1 800 neue Panzer für die Bundeswehr

Am vergangenen Donnerstag übergab der Münchner Rüstungskonzern Krauss-Maffei den ersten Kampfpanser vom Typ Leopard 2 an die Bundeswehr. Kriegsminister Apel hatte es sich nicht nehmen lassen, dieser Übergabe — die ja zugleich eine deutliche Demonstration des Bonner Rüstungswillens ist — persönlich beizuwohnen.

Bis 1986 sollen 1 800 dieser neuen Kampfpanser für die Bundeswehr vom Band laufen. Bei einem Stückpreis von vier Millionen Mark wird dieses Rüstungsprogramm die Summe von 7,2 Milliarden Mark verschlingen. Bezahlen dafür müssen wieder einmal die Werktätigen. Neben Krauss-Maffei ist es vor allem der Krupp-Konzern, der an den Panzern verdient. Vom Vorgängertyp des jetzt fertig gestellten Modells, dem Leopard 1, sind bislang schon 4441 Stück gefertigt worden, wovon gut die Hälfte an die Bundeswehr gingen und die anderen ins Ausland verkauft wurden.

Die Bonner Militaristen schwärmen in den höchsten Tönen von ihrer neuen Panzerwaffe. Militärexperten nannten den Leopard 2, der die Motorleistung seines Vorgängers fast

NS-Prozeß in Köln eröffnet

Polizei geht gegen Antifaschisten vor

KÖLN. — Mehr als 30 Jahre nach dem Ende des Hitlerreichs hat am Dienstag letzter Woche in Köln der Prozeß gegen die Naziverbrecher und Funktionäre der Judenvernichtung Kurt Lischka, Herbert Martin Hagen und Ernst Heinrichsohn begonnen. Die Anklage wirft ihnen Beihilfe zum Mord in mehr als 50 000 Fällen vor. Sie sind verantwortlich für die Deportation der französischen Juden in die Vernichtungslager.

Vor dem Gerichtsgebäude demonstrierten am Tag der Prozeßöffnung über 300 Antifaschisten aus Frankreich und Westdeutschland gegen die Naziverbrecher und die Umstände des Prozesses. Unter den Demonstranten befanden sich zahlreiche Angehörige der von Lischka und seinen Helfern aus Frankreich in die Vernichtungslager des Ostens deportierten Juden. Viele trugen Stelltafeln mit Fotos ihrer ermordeten Angehörigen. — Als bei Prozeßbeginn die wartenden Anti-



Erschrocken ist Hans Karl Filbinger, als er im Oktober 1976 von aufgebrachtten Kaiserstühlern eingeklinkt wurde. Die empörten Winzer und Bauern machten ihrem aufgeregten Ärger über das geplante Atomkraftwerk in Wyl und die Haltung des damaligen Ministerpräsidenten Luft. Jetzt stehen vier Winzer und Handwerker vor dem Landgericht in Kenzing. Ihnen wird vorgeworfen, den Landesvater „innerhalb einer Menschenmenge derart bedrängt zu haben, daß ihm für 25 bis 35 Minuten jede Ortsveränderung unmöglich war“.

Gewinnexplosion in der Ölbranche

Der Verbraucher wird geschröpft

Regierung duldet Preisterror

HAMBURG. — Die deutsche BP erwartet für dieses Jahr einen Gewinn von 250 Millionen Mark. Das wäre das Zehnfache des Vorjahresgewinnes. Die amerikanischen Ölmultis führen ihre im dritten Quartal verzeichneten Betriebsgewinne vor allem auf die Gewinnexplosion in Übersee, in Westdeutschland und den anderen westeuropäischen Ländern zurück.

Der größte Mineralölkonzern der Welt, die Exxon-Corporation, konnte ihre Gewinne im dritten Quartal (Juli bis September) um 120 Prozent auf 1,145 Milliarden Dollar erhöhen.

Dieselben Finanzgruppen, die das lukrative Ölgeschäft unter sich aufgeteilt haben, kontrollieren auch weitgehend die Gasbranche. Der Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Gas- und Wasserwirtschaft, Dr. Fritz Glaser bezeichnete eine „Anpassung der Erdgaspreise an das Niveau der Heizölpreise“ als „ein dringendes Gebot“.

Schon haben sämtliche westdeutschen Gasversorgungsunternehmen Preissteigerungen bis 25 Prozent angekündigt.

Doch das wird nur die erste Etappe sein, denn der gegenwärtige Preisunterschied zwischen Gas und Heizöl ist entschieden größer.

Weiterhin nehmen die Heizkosten bei der Steigerung der Inflationsrate eine Vorreiterrolle ein. Für diesen Monat nähert sie sich bereits der Sechszehn-Prozent-Marke. Die Bilanzen der Ölmultis zeigen deutlich, daß ihre ständigen Preiserhöhungen nur dem einen Zweck dienen, traumhafte Gewinne auf Kosten des Verbrauchers zu erwirtschaften.

Die Bundesregierung steht dabei fest auf der Seite der Multis, ist sie doch über die Mineralölsteuer ein stiller Nutznießer der immer brutaler werdenden Preiserhöhungen.

Südafrika zündet Atombombe

Am 22. September hat das südafrikanische Rassenregime eine Atombombe gezündet. Das enthüllte am Wochenende die amerikanische Fernsehgesellschaft ABC. Die Information stammt von der US-Regierung, die sie unter der Auflage strikter Geheimhaltung an den US-Kongreß weitergegeben hatte. Auch Bonn wurde vom Weißen Haus über die Explosion informiert.

Die Atombombe in den Händen der Rassisten ist eine ernste Drohung und eine große Gefahr für die Völker Afrikas. Das Regime von Südafrika unterdrückt nicht nur grausam die schwarze Bevölkerungsmehrheit im eigenen Land, es hält auch das Nachbarland Namibia besetzt und hat in den letzten Jahren wiederholt militärische Angriffe auf Angola und Sambia unternommen.

Daß dieses äußerst aggressive Regime jetzt auch noch über Atomwaffen verfügt, ist allein auf die Tatsache zurückzuführen, daß nahezu alle NATO-Staaten — darunter vor allem die Bundesrepublik — Technologie und Material nach Südafrika geliefert haben, das den Bau der Bombe ermöglichte. (Siehe auch den Kommentar auf Seite 2).



Am Dienstag letzter Woche vor dem Gerichtsgebäude in Köln. Dieser Mann wurde verletzt, als die Polizei mit brachialer Gewalt Antifaschisten — darunter zahlreiche Angehörige von NS-Opfern — den Zutritt zum viel zu kleinen Lischka-Gerichtssaal verwehrte.

Kommentar

Die Bundesregierung stellte sich völlig ahnungslos. Pressesprecher Bölling gab sich genauso unwissend wie die Journalisten, die ihn befragten. Von der süd-afrikanischen Atombombe hätte er auch gerade erst in den Zeitungen gelesen. Mit einem Wort: Man stellte sich dumm.

Südafrikas Atombombe — made in Germany

Denn nach den Berichten des US-Fernsehens war Bonn sehr wohl über die erfolgte Zündung der Bombe informiert, und zwar von Präsident Carter persönlich.

Dabei ist es nur eine nebensächliche Frage, wann und auf welche Weise die Bundesregierung Kenntnis von dem Bombentest erhalten hat. Entscheidend ist etwas ganz anderes — die Tatsache nämlich, daß die Bundesregierung über Jahre hinweg genau darüber im Bilde war, daß das Regime der Rassisten an der Atombombe baute. Und diese Kenntnis hatte eben keine andere Ursache als die, daß die Bundesregierung selbst an der Konstruktion dieser Massenvernichtungswaffe beteiligt war.

Nichts ist von Bonn so oft und so hartnäckig bestritten worden wie die militärische Zusammenarbeit mit dem blutigen und von den Völkern der ganzen Welt geächteten Regime von Südafrika. Welche Beweise auch immer vorgelegt wurden, wie oft die Bundesregierung auch wegen dieser Zusammenarbeit von der UNO und der Organisation Afrikanischer Staaten verurteilt wurde, man leugnete weiter und wies jede Anklage in gespielter Entrüstung zurück.

Die Tatsachen jedoch reden eine deutliche Sprache. Und die Rassisten gehen eben nicht nur mit westdeutschen Kampfhubschraubern auf Menschenjagd im Busch; sie jagen nicht nur ihre Milan-Raketen aus westdeutscher Rüstungsproduktion in die Lager der schwarzen Freiheitskämpfer. Sie haben auch ihre Atombombe nur mit Hilfe der großen Konzerne aus unserem Land und mit Hilfe des Bonner Staates bauen können.

Das gilt schon für den Abbau des Urans in den Minen von Palabora und Rüsing, der mit westdeutschem Kapital betrieben wird. Das gilt vor allem für die Anreicherung dieses Urans, die den Bau der Bombe erst ermöglicht. Das dazu notwendige Trenndüsenverfahren wurde den Rassisten von der Gesellschaft für Kernforschung (Karlsruhe) und der STEAG zur Verfügung gestellt. Beide Unternehmen werden vom Bund kontrolliert. Die STEAG hat darüber hinaus mit der süd-

afrikanischen Atombehörde UCOR ein Abkommen für den vollständigen Bau der Urananreicherungsanlage in Pelindaba abgeschlossen. Und an dem Bau hat sich dann von Siemens bis Linde, von der Ruhrkohle AG bis MAN alles beteiligt, was unter den westdeutschen

Konzernen Rang und Namen hat.

Das sind Tatsachen, die Bonn nicht aus der Welt lügen kann. Und es geht dabei keineswegs nur darum, daß hier einige Konzerne Traumprofite machen und sich am Bau der Bombe für die Rassisten gesundstoßen. Wenn es nur das wäre, warum ist dann der ehemalige Atom- und spätere Kriegsminister Strauß seit 1966 nicht weniger als achtmal zu „Fachgesprächen“ bei den Rassisten gewesen? Warum mußte dann der frühere Luftwaffenchef Rall unter konspirativen Umständen mit falschem Namen nach Südafrika fliegen?

Gerade die Tatsache, daß Rall bei seinem Geheimbesuch die Aufbereitungsanlage Pelindaba zum Ziel hatte, zeigt deutlich, daß es hier um eine handfeste atomare Zusammenarbeit zwischen Bonn und Pretoria ging. Der Bau der Atombombe in Südafrika wurde von der Bundesregierung nicht nur des Profits wegen vorangetrieben; auch nicht allein zur weiteren Aufrüstung eines faschistischen Regimes, das die imperialistischen Interessen Bonns im südlichen Afrika sichert. Hier ging und geht es um mehr — um den eigenen Zugriff auf die Atombombe. Südafrika ist ja kein Einzelfall. Ähnliche atomare Partnerschaft wird auch zum Regime von Israel und zur brasilianischen Militärjunta unterhalten.

Trotz aller internationalen Verträge, die Westdeutschland den Besitz von Atomwaffen verbieten, will Bonn nicht auf die Bombe verzichten. Und weil man sich gegenwärtig den offenen Bruch der Gesetze und Verträge nicht leisten kann, muß ein Umweg gewählt werden. In Westdeutschland selbst wird die atomare Technologie entwickelt — auch das ist ja ein Bestandteil des Bonner Atomprogramms. Und die praktische Nutzenanwendung geschieht im Ausland, in der Zusammenarbeit mit reaktionären Regimen. Wenn also die südafrikanischen Rassisten jetzt ihre erste Bombe gezündet haben, dann ist sie auch ein Werk des westdeutschen Imperialismus, eine Bedrohung für unser Volk und die Völker der Welt.

Hua beendet Staatsbesuch in der Bundesrepublik

Schmidt wünscht ein „starkes China“

Hua lobt NATO-Aufrüstung

Zufrieden zeigte man sich in Bonn über die Ergebnisse des Staatsbesuchs von Hua Guofeng in der Bundesrepublik. Bei der Beurteilung wichtiger politischer Fragen konnte erneut eine gemeinsame Haltung bekräftigt werden; darüber hinaus wurde eine Reihe von Abkommen unterzeichnet, die den westdeutschen Monopolen ihr weiteres Eindringen nach China erleichtern.

Der Hua-Besuch verlief für die Bundesregierung völlig nach Plan. Man hatte dem chinesischen Parteichef, als er noch in Paris weilte, deutlich zu verstehen gegeben, daß offene Ausfälle gegen die Sowjetunion in der Bundesrepublik nicht erwünscht wären. Auch der für hohe Staatsgäste sonst unvermeidliche Westberlin-Besuch mit Blick über die Mauer wurde gestrichen. Hua bestand nicht darauf, an die Mauer zu pilgern. Und bei seinen Attacken gegen Moskau verzichtete er darauf, die Sowjetunion beim Namen zu nennen und wählte stattdessen die bekannte chinesische Umschreibung „Hegemonismus“.

Die Mäßigung, die Hua in der Bundesrepublik auferlegt wurde, liegt ganz auf der Linie der Bonner Ostpolitik. Man spielt hierzulande nicht so aggressiv die „chinesische Karte“ gegen Moskau aus, wie man es etwa in Washington oder London macht. Und Schmidt hat bislang auch im Gegensatz zu anderen NATO-Ländern Waffenlieferungen an Peking abgelehnt. All das spricht jedoch nicht etwa für einen Friedenswillen des Bonner Staates. In dieser Haltung drückt sich nur das Bestreben Bonns aus, seine besonderen Beziehungen zu Moskau nicht zu gefährden. Durch diese Beziehungen hat sich der westdeutsche Imperialismus wichtige wirtschaftliche, aber auch politische Positionen

im Herrschaftsbereich der Kreml-Herren, vor allem natürlich in der DDR, gesichert. Und zum anderen stärkt die Rolle als bevorzugter Partner Moskaus im westlichen Lager auch die Vormachtstellung Bonns in Westeuropa.

Trotz dieser besonderen Beziehungen jedoch hat Bonn seine revanchistischen Ziele niemals aufgegeben. Und das wurde auch beim Hua-Besuch wieder deutlich. Gemeinsam mit dem chinesischen Parteichef legte man ein Bekenntnis zur „Wiedervereinigung Deutschlands“ ab, was ja nach Bonner Verständnis nichts anderes bedeutet als die Einverleibung der DDR unter die Herrschaft des westdeutschen Imperialismus. Und die Peking-Führer sind ja bekanntlich bereit, dem westdeutschen Revanchismus mehr als nur die DDR zuzugestehen. Schon Tschou En-lai erklärte seinerzeit, für ihn sei das sowjetische Kaliningrad (früher Königsberg) immer noch eine deutsche Stadt.

Aber nicht nur in der „deutschen Frage“ war man sich einig. Schmidt brachte gegenüber seinem Gast den Bonner Wunsch nach einem „starken China“ zum Ausdruck. Dieser Wunsch — ausgesprochen nach dem Überfall auf Vietnam, angesichts neuer Peking-Kriegsdrohungen — ist nichts anderes als der Segen Bonns für die aggressive Kriegspolitik der Deng und Hua. Der chinesische

Gast seinerseits revanchierte sich für diese Unterstützung mit dem Wunsch nach einem „starken Deutschland“. Zudem griff er massiv in die gegenwärtig geführte Debatte um die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa ein, indem er wiederholt die Bundesrepublik und andere NATO-Länder zur verstärkten Aufrüstung aufrief.

So nimmt also — trotz der erwähnten Zugeständnisse Bonns an Moskau — die reaktionäre Allianz zwischen Bonn und Peking Gestalt an. Sicher werden jetzt auch die Waffenlieferungen nicht mehr lange auf sich warten lassen — Bonn hat schließlich Erfahrungen darin, solche Geschäfte im Geheimen abzuwickeln. Ein deutliches Zeichen war schon die Tatsache, daß Hua drei führende Rüstungsbetriebe, nämlich MBB, Daimler und Siemens, besuchte.

Besonders herzlich gestalteten sich Huas Begegnungen mit Strauß in München. Der „alte Freund“ (Hua über Strauß) rühmte „Weitblick und Weisheit“ der chinesischen Politik und machte deutlich, daß gerade er den aggressiven Kurs der Peking-Führer entschieden befürwortet. Der Dank der Hua-Mannschaft war eine sofort ausgesprochene Einladung nach China. Demnächst in Peking wird man sich weiter — und sicher auch deutlicher — aussprechen können.

Bundesbahn erhöht die Nahverkehrstarife

FRANKFURT. — Der Wirtschaftsplan der Deutschen Bundesbahn, den der Verwaltungsrat am Dienstag letzter Woche bekanntgab, sieht für 1980 eine Erhöhung der Fahrpreise im Personenverkehr und die Vernichtung von weiteren 7 600 Arbeitsplätzen vor. Wie zusätzlich zu erfahren war, sollen außerdem sechs weitere Bahnstrecken mit einer Gesamtlänge von 150 Kilometern stillgelegt werden.

Die Erhöhung der Fahrpreise im Berufs- und Personennahverkehr, die am 1. März 1980 in Kraft tritt, wird durchschnittlich 3,9 Prozent betragen. Die Tarife für Gepäckfracht sollen sich gar um 10 Prozent verteuern. Von den Teuerungen im Nahverkehr werden vor allem die Werktätigen betroffen, die auf die Bahn angewiesen sind, um zur Arbeit zu kommen. Für die Konzerne beschloß der Verwaltungsrat dagegen für 1980 ein ganzes Paket Vorteilsangebote und Sondertarife.

Münchner OB boxt Fahrpreiserhöhung durch

MÜNCHEN. — Am Mittwoch, den 24. Oktober war der Zuschauerraum des großen Sitzungssaales des Münchner Rathauses bis auf den letzten Platz besetzt. Oberbürgermeister Kiesel und seine CSU-Fraktion waren entschlossen, eine 30prozentige Fahrpreiserhöhung zu beschließen. Die Münchner Bevölkerung war entschieden anderer Meinung. Das zeigte sich an 80 000 Protestunterschriften, das zeigte sich an Resolutionen zahlreicher Gewerkschaften, die an die 100 000 Gewerkschafter repräsentieren.

Als unter den Zuhörern Empörung laut wurde, ließ Kiesel die Polizei holen, brach die Sitzung ab und befahl die Räumung des Saales. Dabei schleifte die Polizei brutal die empörten Menschen, die Sprechchöre riefen und ein Transparent entrollt hatten, nach draußen, um anschließend unter Ausschluss der Öffentlichkeit gegen die Stimmen von SPD und FDP die Fahrpreiserhöhung durchzusetzen.

Krankenhausskandal in Bonn

BONN. — Gegen Verantwortliche des Rheinischen Landeskrankenhauses in Bonn ist in der letzten Woche ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft eingeleitet worden. Der Grund: unhaltbare Zustände in der Klinik infolge Personalmangels.

In einem Protestbrief zweier Ärztinnen an den Gesundheitsdezernenten des Landschaftsverbandes Rheinland heißt es unter anderem: „... sind mit der Inbetriebnahme des Neubaus und der dadurch bedingten personellen Unterbesetzung die Verletzungen der Patienten sprunghaft und sehr erheblich in die Höhe geschneit.“ — Dem Brief war eine Liste von Unfällen beigelegt. Danach sind fast täglich Patienten gestürzt, von Stühlen oder aus den Betten gefallen und mit Rollstühlen umgekippt. Platzwunden, schwere Blutergüsse, Schädelverletzungen, Knochenbrüche waren die Folge. In vier Fällen starben die alten Menschen nach den Knochenbrüchen.

Brauner Justizskandal in Rheinland-Pfalz

NS-Frauenmörder 11 Jahre lang gedeckt

Volksfront fordert Rücktritt von Justizminister Theisen

Elf Jahre lang sorgt die westdeutsche Justiz dafür, daß der KZ-Scherge Arnold Strippel wegen im KZ Vught/Holland begangener Frauenmorde nicht angeklagt werden konnte. Sogar der rheinland-pfälzische Justizminister Theisen verwandte sich für Strippel — jetzt wackelt angesichts wachsender Empörung in der Öffentlichkeit sein Ministerstuhl.

Strippel, damals „Schutzhaftlagerführer“ im KZ Vught bei s'Hertogenbosch, hatte am 15. Januar 1944 gemeinsam mit zwei anderen SS-Männern 91 gefangene Frauen in zwei winzigen Zellen gepeinigt — zur „Strafe“ für einen Aufstandsversuch. Nach dreizehn Stunden waren zehn der Frauen tot; viele Frauen erlitten schwere Verbrennungen durch die Salpetersäure des frischen Mauerwerks. Wieviele von den Verletzten starben, ist unbekannt. Einzelne Frauen wurden am folgenden Tag von Strippel verhört und erneut gefoltert.

Bereits seit 1968 lagen der Staatsanwaltschaft im rheinland-pfälzischen Frankenthal Akten aus den Niederlanden vor, aus denen die Beteiligung Strippels an den Morden in Vught hervorging. Die Staatsanwaltschaft aber ging nicht gegen Strippel vor, sie deckte ihn faktisch elf Jahre lang. Schützenhilfe erhielt sie dabei vom rheinland-pfälzischen Justizminister Theisen (CDU). Nachdem im Auftrag einer überlebenden KZ-Insassin eine Rechtsanwältin im Juli dieses Jahres auf die in Frankenthal vorliegenden Akten hingewiesen hatte, erklärte Theisen, in den Akten sei Strippels Name nicht enthalten. Eine Durchsicht am 16. Oktober jedoch ergab das Gegenteil.

Strippel machte in der Zeit

des Hitlerreiches durch Morde und Quälereien an Häftlingen — darunter Frauen und Kinder — in den KZs Karriere. In ständig aufsteigenden Funktionen war er nacheinander in den Lagern Sachsenhausen, Buchenwald, Natzweiler, Majdanek, Ravenbrück, Peenemünde, Vught, Drütte, Dessauer Ufer (Hamburg) und Neuen-gamme tätig. 1949 wurde er wegen 21fachen Mordes im KZ Buchenwald zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. In verschiedenen Prozessen wurde jedoch die Strafe herabgesetzt, und 1969 kam Strippel wieder frei. Er erhielt 121 000 Mark Haftentschädigung.

Hätte die Frankenthaler Staatsanwaltschaft — wie es möglich gewesen wäre — 1968 Anklage wegen der Vught-Morde erhoben, wäre es weder zu der Haftentlassung noch zu der Entschädigung gekommen. Die Justiz hat dem Massenmörder Strippel — neben der Freiheit — praktisch 121 000 Mark zugespielt.

Strippel ist gegenwärtig im Majdanek-Prozess wegen seiner Beteiligung am Mord an 89 sowjetischen Kriegsgefangenen angeklagt. Nicht gestühnt ist bis jetzt ebenfalls der Mord an 20 Kindern in Hamburg. Strippel hatte sie 1945 in der Schule am Bullenhuser Damm erhängt. Strippel befindet sich gegenwärtig immer noch auf freiem Fuß — dank den Bemühungen

der westdeutschen Justiz und dank der Bemühungen von Kreaturen vom Schlage eines Theisen.

In einer Presseerklärung hat der „Vorbereitungsausschuß zur Gründung des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit, Demokratie und Wohlstand“ den braunen Justizskandal angeprangert. In der Erklärung heißt es unter anderem:

„Jeder anständige Mensch empört sich über eine solche Reihe von Verbrechen (sicher sind dies nicht alle) und würde alles tun, um solche Verbrecher zu bestrafen. Jeder andere Rechtsbruch wird bestraft. Hier muß man sich ernsthaft Gedanken machen, was die Staatsanwaltschaften bewegt, dies in dem Falle nicht zu tun. In diesem Falle wurde ganz offensichtlich und so viel gelogen, daß die Ausrede „Schlamperei“ selbst der Gutwilligste nicht mehr glauben kann. Nun stellt sich die Frage, was sonst dahintersteckt. Gleiche Gesinnung — drängt sich da auf, läßt sich aber nicht beweisen.“

Wir fordern:
Lückenlose Aufklärung des Falles!

Bestrafung aller Verantwortlichen!

Absetzung von Justizminister Theisen!

Bestrafung aller NS-Verbrecher!

Aus dem Inhalt

Lohnrunde 1980: Neun Prozent sind zu wenig! 4
Loderer diffamiert fortschrittliche Vertrauensleute 5
DKP-Theoretiker Doppe auf dem Historikerkongress 5
Zur Faschismus = Sozialismus-Kampagne der CSU 6

Die Nazi-Massenmörder und die Bundesrepublik: Zum Beispiel Lischka 7
Urlaubseindrücke aus Polen 8
Bei den albanischen Griechen 9
Madrid: Kommunisten vor dem Sondergericht 10
Die Regierungskrise in Israel und der Nahostkonflikt 11

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Neumühlprozeß in Duisburg

Das Fest und die Schleyer-Entführung

Chemische Keule und MP gegen Jugend-Fete

DUISBURG. — Am 15. 11. 1977 feiern etwa 150 Jugendliche in einem abbruchreifen Haus eine Fete mit Genehmigung des Besitzers. Spät abends räumt ein 42köpfiges, mit chemischer Keule und Maschinenpistolen bewaffnetes Polizeikommando das Haus mit brutalen Methoden. 12 Jugendliche werden willkürlich herausgegriffen. Ihnen wird jetzt der Prozeß gemacht.

Obwohl die Polizei heute nach Kräften versucht, den brutalen Polizeiüberfall als Maßnahme gegen eine angeblich vorliegende Ruhestörung auszugeben, gibt es dienstlich gefertigte Unterlagen, die das Gegenteil beweisen. Aus einer aus dem Fenster hängenden schwarzen Fahne schloß die Polizei auf eine Sympathiekundgebung mit den in Stammheim einsitzenden Anarchisten. Ferner stand für sie in der Einsatznacht fest, daß es sich um eine Hausbesetzung handeln müsse.

Außerdem schien der Polizei bekannt gewesen zu sein, daß sich auch der Sohn des Genossen Günter Routhier unter den Feiern befand. Genosse Günter war im Juni 1974 an den Folgen eines brutalen Schlägereinsatzes der Duisburger Polizei gestorben. So war es für die Polizei von Anfang an klar, daß die Feier in Wirklichkeit eine Zusammenkunft „linksextremistischer“ Kreise sein mußte, die unbedingt mit allen Mitteln zu sprengen sei. Aus diesem Grund wurden die willkürlich Festgenommenen auch von der Politischen Polizei verhört.

Ferner ist zu bedenken, daß die Polizei ohnehin im ganzen

Bundesgebiet mobilgemacht hatte und überall mit der MP



In den Verhandlungspausen machen die Jugendlichen einen Info-Stand vor dem Hamborner Ratskeller, wo der Prozeß stattfindet.

Die ersten fünf Verhandlungstage

Freispruch für die Zwölf vom Fest!

Polizeizeugen verwickeln sich in Widersprüche

DUISBURG. — Das Landfriedensbruchverfahren gegen die Zwölf vom Fest soll ein wahrer Mammutprozeß werden, geeignet, den zwölf Angeklagten in jeder Hinsicht schwer zu schaden. Schon heute steht fest, daß der auf zwölf Verhandlungstage festgesetzte Prozeß erheblich länger dauern wird, denn von den 83 Zeugen sind in den ersten fünf Prozeßtagen erst vier vernommen worden. So stehen unabhängig vom Prozeßausgang Gefahren für den Arbeitsplatz der Angeklagten ins Haus. Im Falle einer Verurteilung müssen sie neben der eigentlichen Strafe mit erheblichen Prozeßkosten rechnen, von den Anwalts honoraren ganz zu schweigen, denn jeder Angeklagte braucht einen eigenen Anwalt, so will es der Gesetzgeber. Demgegenüber wurden die etwa 50 Anzeigen gegen die am Einsatz beteiligten Polizisten wegen Nötigung, Körperverletzung und versuchten Totschlags bis heute noch nicht bearbeitet, obwohl sie schon zwei Jahre zurückliegen.

Am 17. 10. beginnt der Prozeß. Die zwölf Angeklagten legen ihre Ansichten über den politischen Hintergrund des Polizeieinsatzes dar und fordern Freispruch. Die nächsten beiden Verhandlungstage standen ganz im Zeichen der Polizeizeugen. Die Polizisten greifen zu verschiedenen Tricks, um die Wahrheit zu vertuschen. Entweder wird mit Hinweis auf das Dienstgeheimnis die Aussage verweigert oder man vergißt einfach wichtige Einzelheiten.

Ein Beamter beispielsweise wollte dem Gericht weismachen, er sei von den Jugendlichen getreten und geschubst

worden. Leider hatte er „vergessen“, diese Fakten in seinem Bericht vom 16. 11. 77 zu erwähnen. Da war vielmehr die Rede von „Sympathiekundgebung mit einsitzenden Anarchisten“. Als man ihm diesen Bericht vorhielt, bestritt er, diesen geschrieben zu haben. Dummerweise stand seine Unterschrift darunter. Außerdem wird bekannt, daß während des ersten Verhandlungstages 30 mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizisten in einem Nebenraum in Bereitschaft waren. Als die Rede auf die Bewaffnung der Polizei am 15. 11. 77 kommt, wird kategorisch die Aussage verweigert.

24. Oktober: 4. Verhandlungstag Der störrische Einsatzleiter

Nachdem der Richter die Frage der Aussagegenehmigung mit dem Duisburger Polizeichef geklärt hatte, mußte der Zeuge vom letzten Verhandlungstag zugeben, daß er die chemische Keule auf Anordnung von Oberkommissar Wischniewski mit zum Einsatz genommen hatte.

Nachmittags wurde der Einsatzleiter Wischniewski, 44 Jahre alt und Hauptbelastungszeuge, aufgerufen. Doch aus dem Mann war trotz rührigen Bemühens von Seiten des vorsitzenden Richters und des Herrn Staatsanwalts nicht das geringste herauszuholen. Er

gab dem „Hohen Gericht“ bekannt, allenfalls aus seinen dienstlichen Aufzeichnungen vorlesen zu wollen. Doch die Strafprozeßordnung will es anders, sie verlangt freien Vortrag aus der Erinnerung. Und da der Oberkommissar ebenfalls nicht bereit war, sich auf den Paragraphen 55 zu berufen, der einem Zeugen die Aussageverweigerung für den Fall der Selbstbelastung zubilligt, wurde er, wohl einmalig in der westdeutschen Prozeßgeschichte, zu einer Ordnungsstrafe von 300 Mark ersatzweise fünf Tage Haft verurteilt. Ein schöner Hauptbelastungszeuge.

26. Oktober: 5. Verhandlungstag Weitere Widersprüche

Großspurig verkündet Oberkommissar Wischniewski, daß er nunmehr bereit sei, in freier Rede zu sprechen, da es ihm gelungen sei, mit einigem Erfolg „in der Erinnerung zu graben“. Und bedeutungsvoll fügte er hinzu, ihm sei aufgetragen worden, „heute unnötige Härten zu vermeiden“.

Doch Fragen nach der Bewaffnung lassen seine ansonsten flüssige Rede erneut verstummen. Wieder wurde die Verhandlung unterbrochen, wieder mußte der Polizeipräsident, der dem Prozeßbeobachter allmählich als der eigentliche Herr der Verhandlung erschien, konsultiert werden. Als man auf die polizeitaktischen Vorbereitungen des Überfalls zu sprechen kommt, gerät Wischniewski erneut ins Stokken, um dann unter dem guten Zureden des Richters endlich doch auszusagen, er habe damals vor zwei Jahren eine „innere Hausabsperrung“ angeordnet, was das Besetzen aller „neuralgischen Punkte“ wie Lichtkasten, Treppe, Ausgänge, Türen etc. beinhaltet. „Eine Warnung war als polizeitaktische Maßnahme nicht in Erwägung gezogen worden!“ Im übrigen bemühte sich Wi-

im Anschlag Kontrollen durchführte. Immerhin war Arbeitgeberpräsident Schleyer entführt worden, für die Polizei ein Anlaß, die Werktätigen im ganzen Land zu terrorisieren.

Hier kann also keine Rede davon sein, daß die Polizei neuerdings der Jugend das Feiern verbieten will. Hier wollte die Polizei den vermeintlichen „Linksextremisten“ eine drastische Lektion erteilen.

schnewski rüchlich, eine rechtliche Grundlage für seinen brutalen Überfall zu konstruieren, was allerdings selbst dem Herrn Staatsanwalt sichtlich peinlich war. „Im Landesemissionschutzgesetz (das auch Fragen der Lärmbelästigung regelt, Red.) steht die Ermächtigung drin, dafür (zur Beseitigung eines ruhestörenden Lärms, Red.) in ein Haus einzudringen, notfalls mit Gewalt.“

Unter dem Kreuzverhör der Verteidigung verwickelte sich Wischniewski zunehmend in Widersprüche. Insbesondere war er nicht in der Lage, den Verdacht der innerdienstlichen Zeugenabsprache aus dem Wege zu räumen. Vor offenkundig entlarvenden Aussagen wurde er allerdings immer durch den Richter bewahrt, der entweder Fragen nicht zuließ oder aber im entscheidenden Moment eine Verhandlungspause verfügte.

Gegen Ende des 5. Verhandlungstages brauste plötzlich der bis dahin recht still gewordene Staatsanwalt auf und bezieht die Verteidigung der Prozeßverschleppung. Die Verteidigung fackelte nicht lange und gab eine kurze Erklärung ab, die den wahren Sachverhalt schilderte. Es sei richtig, von Verschleppung zu reden. Allerdings trage die volle Verantwortung dafür das Verhalten der Polizeizeugen. Erstes Fazit: Die Polizeizeugen sind völlig wertlos. Sie konnten weder den Verdacht auf Absprache aus der Welt schaffen, noch sind sie in der Lage, Aussagen zu machen, die auch nur entfernt mit der Wahrheit zutun haben. Entweder sie widersprechen der Version, die sie in dienstlichen Berichten 1977 aufgetischt haben, oder sie können sich an nichts mehr erinnern, oder sie widersprechen nachmittags dem, was sie noch vormittags gesagt haben.

Insbesondere die Staatsanwaltschaft aber auch der Polizeipräsident sollten sich überlegen, ob der Mammutprozeß für sie nicht zum Bumerang werden könnte. Denn wie es scheint, denken die Zwölf vom Fest nicht daran, sich in die Knie zwingen zu lassen.

Ein Steckbrief

Der Polizeizeuge

Name: Wischniewski, Klaus
Alter: 44 Jahre
Beruf: Oberkommissar bei der Duisburger Polizei

Klaus Wischniewski ist eine markante Erscheinung. Sein schwungvoll zurückgekämmtes Haar erinnert an Elvis Presley; ansonsten ist sein Auftreten vor Gericht militärisch knapp; seine Worte klingen wie abgelesen; wenn er „beziehungsweise“ meint, stößt er ein knappes „be“ „zett“ „we“ hervor; typische Vokabeln aus dem Beamtenwortschatz wie „dergestalt daß“ oder „in Anbetracht dessen“ kommen genau so flüssig über seine schmalen und blutleeren Lippen wie militärisch-taktische Fachausdrücke. Kein störendes Räuspern unterbricht seine Rede, nur ein öfter und mal weniger oft zwischengeschaltetes „nicht wahr?“ lassen auf den Grad seiner Erregung schließen.

Vom Gericht läßt er, ein deutscher Polizist, sich nichts sagen. Die Ordnungsstrafe wegen unzulässiger Aussageverweigerung steckt er fast ein wenig stolz weg wie ein Burschenschaftler seinen Schmiß.

Als er später dennoch geruht, in freier Rede seine Aussage abzuliefern, ist das weniger eine Unterwerfung unter die

richterliche Gewalt als vielmehr eine Gnade, die er dem hohen Gericht gewährt. Ja, er ist sogar so kulant, dem Gericht zu versichern, ihm sei aufgetragen worden, heute jede unnötige Härte zu vermeiden. Und er scheint sich ehrlich zu freuen, diese Mitteilung machen zu dürfen.

Der Auftraggeber, der offenbar den plötzlichen Sinneswandel des Klaus Wischniewski hervorgerufen hat, tritt selbst nicht in Erscheinung, verbirgt sich hinter der Zauberformel „Dienstgeheimnis“. Ist es der Herr Polizeipräsident, bei dessen Erwähnung Wischniewskis Augen, ansonsten klein und verkniffen, ein wenig schwärmerisch werden? Oder ist es eine andere, geheime Person, die im vor der Öffentlichkeit verborgenen Polizeiapparat eine wichtige Stellung bekleidet?

Mitten in seiner Aussage verkündet Wischniewski — scheinbar aus dem Zusammenhang gerissen — sein Credo: „Meinem Dienstherrn bin ich zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet!“ Und jedermann spürt: Bei Klaus Wischniewski hat das Wort „Herr“ noch einen bedeutungsvollen Klang, und in das Wort „unbedingt“ legt er, ohne sich nur im entferntesten zu genieren, seine ganze Inbrunst.

'ran-Fete in Recklinghausen

GdP propagiert Jugendpolizei

RECKLINGHAUSEN. — Am Samstag, den 20. Oktober fand in Recklinghausen ein Pressefest des DGB-Jugendmagazins 'ran, kurz „'ran-Fete“ genannt, statt. Der Schock der Gewerkschaftsbözen über den Reifall am 1. September in der Dortmunder Westfalenhalle schien dermaßen nachhaltig zu sein, daß sie auf größere Werbeaktionen für die Fete fast völlig verzichteten.

Selbst in der letzten Ausgabe von 'ran war keine Anzeige mehr zu finden. Trotzdem waren vier- bis fünftausend Jugendliche gekommen. Was den Genossen der Roten Garde samt vielen Mitgliedern der Gewerkschaftsjugend ausgesprochen negativ auffiel, war ein groß aufgemachter Stand der jüngeren Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Kaum hatte die Bochumer Theatergruppe Pfeffermühle mit einer Pantomime die Jugendpolizeipläne entlarvt, zeig-

te die GdP einen Propagandafilm zum selben Thema.

Wie die Genossen der Roten Garde weiter mitteilten, wurden auch Unterschriften für das gesetzliche Verbot der Ausserung gesammelt. An die 700 junge Gewerkschafter trugen sich in die Unterschriftenlisten ein, unter anderem auch die Mitglieder der Jugendvertretung von Thyssen-Hamborn. Der Rote Rebell stieß auf Interesse. 70 Stück konnten verkauft werden.

Buchbesprechung

Unzureichend

Romane über die Bundeswehr sind Mangelware im westdeutschen Literaturbetrieb. Der Hamburger Autor Uwe Wandrey hat sich jetzt daran versucht. Meine Erwartungen waren hoch, immerhin ist Wandrey Herausgeber der gesamt Kinder- und Jugendbuchreihe des Rowohlt-Verlages, das Buch in der fortschrittlichen Autoren-Edition des Athenäum-Verlages erschienen. Doch der Roman enttäuscht. Über eine Schilderung der Zustände in einer Ausbildungskompanie, des unsinnigen Drucks, der Unsicherheit der ersten Tage, der Beschränktheit einiger militärischer Vorgesetzter kommt das Buch nicht hinaus.

Wer beim Barras war, weiß, welche konkreten, materiellen, realen Folgen der Dienst, Drill, Druck und Schikane beim Bund für viele Wehrpflichtige haben.

Nichts davon wird in diesem Buch dargestellt. Sogar das massive Auftreten des militäri-

schen Abschirmdienstes nach einem Bagatelldelikt führt zu nichts anderem als der seitenlangen Schilderung absurder Gedanken der Hauptperson des Romans. Ansonsten spielen eine wichtige Rolle nur noch ein Soldat, der Feldmäuse züchtet und dressiert, einer, der in der Psychiatrie landet.

Die Wirklichkeit sieht aber anders aus. Die Bundeswehr verändert die Menschen, das militärische System macht aus den jugendlichen Wehrpflichtigen zum Teil abgeschlafte Anpasser, erzeugt Resignation, aber auch Kritik und Widerstand. Das alles mal aufzuzeigen, die Militärmaschine und ihre Strukturen und Machtmittel zu analysieren, die Soldaten und ihre Lage realistisch zu schildern, bleibt weiter eine Aufgabe fortschrittlicher Autoren.

Auffällig ist immer die Stille, Uwe Wandrey; Autoren-Edition; Athenäum-Verlag; 100 Seiten; 18 Mark.

M. B., Gefreiter a. D.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Lohnrunde 1980: Jetzt im Betrieb die Forderungen aufstellen!

9 Prozent sind zu wenig!

Aufruf des Zentralen Vorstandes der RGO

In einem Flugblatt, das in der vergangenen Woche vor vielen Betrieben verteilt wurde, wendet sich der Zentrale Vorstand der Revolutionären Gewerkschafts-Organisation an die Arbeiter und kleinen Angestellten.

Unter der Losung „Jetzt unsere Lohnforderungen aufstellen!“ heißt es in dem Flugblatt unter anderem:

„Kollegen, es ist höchste Zeit! Die nächsten Tarifrunden stehen vor der Tür. Nach den miserablen Abschlüssen, nach der Teuerungswelle und nachdem unsere berechtigten Nachschlagsforderungen von Gewerkschaftsführung und Unternehmern in konzertierter Aktion niedergebügelt wurden, heißt es jetzt, die Initiative in

Bewegung müssen diesmal von unten unsere Forderungen als Verhandlungsgrundlage durchgesetzt werden.

Die RGO ruft Euch darum auf, die Forderungen für die bevorstehende Tarifrunde jetzt in den Betrieben zu diskutieren und aufzustellen. Die Gewerkschaftsführung sagt: Die Vertrauensleute sind die Träger der gewerkschaftlichen Kraft. Nehmen wir sie beim Wort. Beauftragt Eure Vertrauensleute, Eure Forderungen im Vertrauens-

bewegung die Empörung an der Basis zu dämpfen, hat er große Töne von sich gegeben. Er sagte, die nächste Tarifrunde sei die richtige Gelegenheit, diesmal kräftig entsprechend den Preissteigerungen zuzulangen. Er redete sogar von einem Umverteilungszuschlag entsprechend der gestiegenen Gewinne der Unternehmer. Jawohl! Das wollen wir jetzt aber auch sehen!

Doch leider ist schon durchgesickert, was die IG-Metall-Führung unter kräftigem Zulangen versteht: Bei einer Forderung um neun Prozent soll um sechs Prozent herum abgeschlossen werden! Kollegen, hier müssen wir klipp und klar feststellen: Das hat mit den Forderungen in den Betrieben nichts zu tun!

9 Prozent sind zu wenig! (...)

Lassen wir uns diesmal auf keinerlei krumme Touren ein, wie die Anrechnung von Urlaub und sonstigen Dingen auf die Lohnforderung. Auch darf es keine längeren Laufzeiten der Tarifverträge als zwölf Monate mehr geben. Die letzte Stahl-tarifrunde bot dafür ein trauriges Beispiel. Die Kollegen sagten: Fünf Prozent sind wenig, aber dafür wollen wir die 35-Stunden-Woche. Und was kam heraus? Festschreibung der 40-Stunden-Woche auf mehrere Jahre und jämmerliche vier Prozent — eine Schande!

Also ran, Kollegen! In

Herbstgutachten der Konjunkturforscher

Unverschämter Appell zum Lohnverzicht

Heftige Teuerung hält an / Arbeitslosenzahl wieder steigend

Die Arbeiter und kleinen Angestellten sollen im nächsten Jahr wieder Reallohnneinbußen hinnehmen. Darauf ist auch das diesjährige Herbstgutachten der fünf Konjunkturforschungsinstitute zugespielt.

Die Konjunkturprognose kündigt eine wirtschaftliche Stagnation für das kommende Jahr an. Sie geht davon aus, daß 1980 das Wirtschaftswachstum nur noch 2,5 Prozent ausmachen wird (gegenüber 4 Prozent in diesem Jahr). Die Zahl der Arbeitslosen wird demgemäß im nächsten Jahr auch statistisch wieder steigen.

Eine richtiggehende wirtschaftliche Rezession, das heißt, eine sprunghafte Verschärfung der Wirtschaftskrise, halten die Konjunkturforscher für 1980 nicht für wahrscheinlich. Sie drohen aber an die Adresse der Arbeiter gerichtet: Ein krisenhafter Einbruch in die Eisdecke der Konjunktur sei nur dann zu vermeiden, wenn die Gewerkschaften auch 1980 ein so „lobenswertes“ Maß an Zurückhaltung bei den Lohnforderungen praktizierten, wie sie es 1979 getan haben. Im

Kosten	Ungefährer Anteil der Kosten am Monats-einkommen von 1.800,-DM		ungefähre Preis-erhöhung in	
	In %	DM	%	DM
1. Nahrung	25	450,-	6	27,-
2. Mieten	20	360,-	8	28,-
3. Fahrtkosten, Auto	12	216,-	8	17,-
4. Heizung, Strom, Gas, Wasser, Müll	12	216,-	55	119,-
5. Genuß (Kaffee, Tabak, Spirituosen)	10	180,-	5	9,-
6. Urlaub, Versicherungen, Sonstiges	8	144,-	4	8,-
7. Kleidung und Schuhe	9	162,-	6	10,-
8. Gesundheit, Körperpflege	4	72,-	5	4,-
		1.800,-		220,-

Die reale Verteuerung der Lebenshaltung für den Arbeiterhaushalt

Diese Tabelle haben wir dem Flugblatt des Zentralen Vorstands der RGO entnommen. Es handelt sich dabei um Durchschnittswerte. Die angegebenen Preissteigerungsraten sind in vielen Punkten noch sehr niedrig angesetzt. Wohlgedacht, es sind die bereits erfolgten Preissteigerungen des laufenden Jahres. Bereits angekündigte und zu erwartende Preissteigerungen sind dabei noch nicht berücksichtigt! Erwähnt werden muß außerdem folgendes: Bei einer Lohnerhöhung um durchschnittlich 220,- Mark wären die realen Einkommensverluste der Arbeiter und Angestellten aus den angegebenen Preiserhöhungen immer noch nicht ausgeglichen, denn durch die Lohnsteuerprogression wird ein Teil von den 220,- Mark wieder aufgefressen.

vielen Betrieben gibt es bereits feste Vorstellungen, die es nun breit aufzugreifen und durchzusetzen gilt. Von den Vertrauensleuten von Daimler in Kassel wurde zum Beispiel 250 Mark Festgeld für alle gefordert. Das ist ein Maßstab, an dem sich überall die Forderungen orientieren sollten. Je breiter und einheitlicher unsere Forderungen aus den Betrieben, desto schwerer können sie von der Gewerkschaftsführung und den Tarifkommissionen übergangen werden.

Machen wir unsere Gewerkschaftsführung unmißverständlich mit unseren Forderungen bekannt. Sie müssen die Grundlage aller Verhandlungen werden. Und: Keine Zeit verlieren, sonst wird von oben wieder abgeblockt!

Machen wir gemeinsam Dampf für unsere Forderungen im kommenden Lohnkampf!

Teuerungsausgleich — Erfindung der Unternehmer?

IGM-Bonzen für Lohnverzicht

Skandalöse Stellungnahme von „Metall“ zur Lohnrunde

Jetzt schlägt es aber Dreizehn! In ihrer Ausgabe vom 10. Oktober weist die IGM-Mitgliederzeitung „Metall“ voller Empörung die „Behauptung der Unternehmer“ zurück, daß die Industriegewerkschaft Metall in der kommenden Lohnrunde einen Ausgleich für die Preissteigerungen von 1979 anstrebe.

Also wollen die Metallarbeiter keinen Teuerungsausgleich? Wollen sie freiwillig Lohnverzicht üben? Sind sie bereit, dem Abbau ihrer Reallohne und dem Sinken ihres Lebensstandards zuzustimmen?

Diesen bodenlosen Unsinn behauptet Metall und zwar ausgerechnet in der Rubrik „Argumente für Arbeitnehmer“. Dort findet sich unter der unverfänglich wirkenden Überschrift „Importierte Inflation oder hausgemacht“ ein Artikel, der mit folgenden Worten beginnt: „In immer neuen Abwandlungen behaupten Gesamtmetall und seine Meinungsmacher, die IG Metall habe in ihrer kommenden Tarifrunde die Preiserhöhungen von 1979 auf Korn genommen, strebe also einen nachträglichen Ausgleich an.“

Noch vor nicht langer Zeit hat sogar IGM-Boß Loderer höchstselbst in der Presse getönt, die IG Metall fordere einen Teuerungsausgleich, nebst einem Anteil an der gestiegenen Arbeitsproduktivität und einem Anteil an den gestiegenen Unternehmergewinnen.

Zugegeben — einige Wochen später sagte der gleiche Loderer noch genau das Gegenteil nach dem Motto: „Was schert mich mein Geschwätz von gestern?“ Die Fehlentwicklung in der Einkommensverteilung mehrerer Jahre — so der IGM-Chef jetzt — „kann nicht von der Tarifpolitik allein und nicht in einer einzigen Tarifbewegung geradegerückt werden“.

Man sieht: Loderers Stellungnahmen sind nicht einmal die Druckerschwärze wert, mit deren Hilfe sie dem Zeitungs-

leser mitgeteilt werden. Das einzige, worauf man sich bei ihm verlassen kann, ist dies, daß er stets die Arbeiter verschaukelt und den Konzernherren die Hasen in die Küche treibt.

Der Verfasser des erwähnten Metallartikels hält sich nun wohl für besonders schlau, wenn er aus dieser Eigenschaft seines Chefs eine „Tugend“ macht, indem er einfach so tut, als habe die Forderung nach einem Ausgleich für die Preissteigerungen noch nie existiert, als sei sie nur das Produkt einer bössartigen Unternehmerpropaganda. Wir zitieren weiter aus dem Artikel:

„Denn was die Arbeitgeber und einige Publizisten nicht begreifen oder nicht sehen wollen: Auf dem Standpunkt, auf den sie eindreschen, steht die IG Metall gar nicht. Der Platz ist leer.“

Die IG Metall hat für 1979 gar keinen Nachschlag gefordert. Nicht aus Bescheidenheit, sondern weil rechtliche und tarifpolitische Gründe dagegen sprechen.

Für die Lohnbewegung 1980 aber ist natürlich die Preisentwicklung von 1980 maßgeblich. Das haben wir eigentlich deutlich genug erklärt. An Preisen, die längst gezahlt worden sind, läßt sich nichts mehr ändern.“

Unter dem Vorwand der Vertragstreue haben die IGM-Bonzen in den Sommermonaten die Nachschlagsforderungen vom Tisch gefegt und die Kollegen auf die Tarifrunde verdrängt. Jetzt tun sie so, als hätte es die Forderung nach Teuerungsausgleich nie gegeben. Die Unverfrorenheit dieser Gewerkschaftsfeinde ist wahrlich grenzenlos!

Vertrauensleute bei Still

250 Mark vorgeschlagen

HAMBURG. — Ein Vorschlag der Vertrauenskörperleitung bei Still in Hamburg für die Lohnforderung der IG Metall wird zur Zeit im Betrieb diskutiert. Der Vorschlag lautet: 250 Mark mehr, eventuell bis 300 Mark mehr für alle. Er stößt unter den Kollegen auf starke Zustimmung. Außerdem soll die Laufzeit nur noch elf Monate betragen und die unteren Lohngruppen zwei und drei sollen gestrichen werden. Die Still-Vertrauensleute haben außerdem gegen die Haltung des IGM-Vorstands zur Tarifrunde protestiert, speziell gegen den Artikel in „Metall“ Nr. 20, in dem es heißt, die IGM strebe keinen Teuerungsausgleich für 1979 an.

die eigenen Hände zu nehmen. Wenn in der kommenden Lohnrunde nicht wieder ein Verlust für uns rauskommen soll, müssen wir jetzt dafür sorgen, daß die Forderungen nicht von oben diktiert werden. In einer breiten

leutekörper aufzustellen und für deren Durchsetzung in der Tarifkommission zu sorgen. (...)

Nehmen wir jetzt den IGM-Chef Eugen Loderer beim Wort! Um in der Nachschlags-

DGB-Wirtschaftsforscher sehen ungünstige Lohnentwicklung 1980

Gut informiert!

DÜSSELDORF. — Auch das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB hat, parallel zum „Herbstgutachten“ der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute, eine Prognose für die Wirtschaftsentwicklung 1980 vorgelegt.

Im wesentlichen beurteilt das DGB-Institut die wirtschaftlichen und konjunkturellen Entwicklungstendenzen nicht anders als auch das „Herbstgutachten“. Der Unterschied zwischen der DGB-Prognose und dem „Herbstgutachten“ liegt eigentlich nur darin, daß die DGB-Wirtschaftsforscher eine Kursänderung in der amtlichen Wirtschaftspolitik fordern.

Die Bundesbank soll — so die DGB-Wirtschaftsexperten — in der Geldpolitik ihren Restriktionkurs verlassen. Sie soll eine Senkung der Leitzinsen durchführen. Ferner soll der Staat die Ausgaben für staatliche Investitionen und Dienstleistungen wieder stärker ausweiten. Glauben die denn im Ernst, daß sich dadurch die Lage der Arbeiter und kleinen Angestellten verbessern läßt?

Während im „Herbstgutachten“ unverschämte auf Reallohnsenkung für die Arbeiter und kleinen Angestellten plädiert wird, sucht man im DGB-Gutachten vergebens nach einer Stellungnahme zur Lohnfrage vom entgegengesetzten Standpunkt — nämlich dem der Arbeiterklasse. Etwa in der Art: Um die Reallohnneinbußen der Arbeitnehmer abzufangen und die ständig wachsenden Einkommen der Unternehmer nicht in den Himmel wachsen

zu lassen, müssen die Löhne und Gehälter 1980 um mindestens 20 Prozent steigen...

Stattdessen prognostizieren die DGB-Wirtschaftler auf „wissenschaftliche Weise“, daß auch im nächsten Jahr die Quote der Nettoeinkommen im Verhältnis Unternehmer einerseits und Arbeiter bzw. Angestellte andererseits sich zu Ungunsten letzterer und zum Vorteil der Unternehmer entwickeln wird. Außerdem sehen die DGB-Wirtschaftler einen Anstieg der registrierten Arbeitslosen auf 930.000 im Jahresdurchschnitt 1980 voraus. Sie scheinen ja gut über die Lohnforderungen der DGB-Führer informiert zu sein!

Schöne Wirtschaftswissenschaft! Auf diese Art von „Wissenschaft“ kann der Arbeiter pfeifen. Die Arbeiterklasse muß von der einfachen Erfahrung ausgehen, daß gegen zunehmende Ausbeutung, gegen die Verschlechterung ihrer Lage nur eines hilft: ihr eigener konsequenter geführter Kampf für mehr Lohn, gegen Arbeitsplatzvernichtung usw. Jedoch — diesen Kampf zu fördern, das scheint nicht gerade der Zweck des DGB-Institutes zu sein. Eher ihn zu verhindern. Dabei kommt das Geld für die Unterhaltung des Instituts doch wohl aus den Mitgliedsbeiträgen der Arbeiter — oder nicht?!

10. Vertrauensleutekonferenz der IG Metall

„Feuer unter der Decke“

IGM-Chef diffamiert fortschrittliche Vertrauensleute

Am Donnerstag vergangener Woche fand in Dortmund die 10. Vertrauensleutekonferenz der IG Metall statt. Dabei kam es zu einer spektakulären Auseinandersetzung zwischen Loderer und den Delegierten aus dem IGM-Bezirk Stuttgart. Die klassenkämpferische und revolutionäre Opposition allerdings war auf dem Dortmunder Kongress praktisch nicht vertreten.

In diesem Jahr stand die Vertrauensleutekonferenz der IG Metall unter einem besonderen Vorzeichen. Seit dem Stahlarbeiterstreik vom vergangenen Winter hat sich unter den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten eine offene und klassenkämpferische Opposition gegen die reaktionäre Gewerkschaftsführung formiert. Im Zusammenhang mit der Nachschlagsbewegung des vergangenen Sommers zeigte sich eine ähnliche Entwicklung auch in vielen Vertrauenskörpern der metallverarbeitenden Industrie. Zugleich verschärfte sich im gesamten Gewerkschaftsapparat, bis hinauf in die Führungsspitze,

Dementsprechend waren in Dortmund nur zu einem sehr geringen Teil solche Kollegen dabei, die in ihren Abteilungen von den Arbeitskollegen als Vertrauensleute gewählt wurden. Vielmehr dürfte es sich zum weitaus überwiegenden Teil um Betriebsräte gehandelt haben, die aufgrund dieser Funktion auch automatisch Mitglied im Vertrauensleutekorper sind.

Man kann sich an fünf Fingern ausrechnen, wie gering auf den Ortskonferenzen der Vertrauenskörperleitungen für klassenbewußte und revolutionäre Kollegen die Chancen waren — insofern überhaupt sol-

chen Behauptung, die Nachschlagsforderungen seien von außen, hauptsächlich durch die DKP, in die Belegschaften hineingetragen worden.

Das ist eine Diffamierung all jener Belegschaften, die mit Nachschlagsforderungen hervorgerufen sind. Als ob die Arbeiter unmündige Analphabeten seien, die jeder Parole nachlaufen, die irgendjemand vor den Fabriktoren verbreitet! Zum anderen aber spekuliert Loderer hier wieder einmal mit antikomunistischen Vorurteilen, zugleich aber auch mit der berechtigten Abneigung der Arbeiter dagegen, sich vor obskuren politischen Interessen spannen zu lassen.

Den Funktionärskörper des IGM-Bezirks Stuttgart griff Loderer frontal und pauschal an. Der Antrag auf Kündigung der Betrieblichen Sonderzahlungen (13. Monatsgehalt), der im Sommer aus Stuttgart im IGM-Vorstand eingebracht wurde, sei von tarifpolitischer Verantwortungslosigkeit und Stumperei geprägt, und außerdem habe dahinter der anmaßende Anspruch eines Bezirks gestanden, Tarifgeschichte machen und die anderen Bezirke ins Schlepptau nehmen zu wollen. Dieser Hieb Loderers ist unverkennbar auf Steinkühler gemünzt.

Die Vertreter aus Stuttgart nahmen diese Angriffe zwar nicht einfach hin. Sie reagierten mit zahlreichen scharfen Stellungnahmen gegen Loderer, aber aus einem defensiven Standort heraus. Die Antwort, die Loderer verdient hätte, blieb aus: Sein schmutziger Verrat an den Forderungen und Kämpfen der Metall- und Stahlarbeiter wurde nicht angeprangert; seine reaktionäre, den Kapitalisten dienende Politik wurde nicht entlarvt; er wurde nicht als das bloßgestellt, was er ist: einer der übelsten Arbeiterverräter im DGB.

Loderer beschwor unverfroren die Einheit, die jetzt wichtiger sei als je. Dabei ist doch gerade er der professionelle Spalter, der Häuptling jener Agenten des Kapitals in der IGM, die der Gewerkschaftseinheit im Wege stehen! Kein Delegierter stand auf und sprach diese Wahrheit aus. So konnte Loderer sich in einem billigen Triumph sonnen. Die Frankfurter Rundschau berichtet:

„Mit johlendem Beifall bedachte dagegen die ‚schweigende‘ Mehrheit Loderer, als er in seinem fast einstündigen Schlußwort härter als zuvor mit den Stuttgartern ins Gericht ging. Er habe gewollt, daß diese Diskussion offen ausgetragen werde, weil sonst die Gefahr bestehe, daß das ‚Feuer unter der Decke weiterbrennt‘ sagte er.“

Falls Loderer mit dem „Feuer unter der Decke“ die revolutionäre Opposition gemeint haben sollte, so sollte er sich allerdings nicht einbilden, daß es nicht weiterbrennt. Loderer behauptete, es gebe „keine Kampflinie zwischen der Spitze und der Basis“. Aber solche Beschwörungen nützen ihm nichts. Diese Kampflinie gibt es, und sie tritt täglich klarer hervor. Nur, daß die Dortmunder Konferenz nicht der Kampfschauplatz war. Diesmal noch nicht...

Nach eigenem Bekunden haben die DGB-Führer Schwierigkeiten mit der Geschichte der Arbeiterbewegung. Auch der Bericht in der IGM-Zeitschrift Metall über den Münchener Historikerkongress des DGB trägt die Überschrift: „Die Schwierigkeiten mit der Geschichte“.

Woher kommen die Schwierigkeiten? Sie kommen daher, daß die Tatsachen — Gott sei's geklagt — ein hartnäckig Ding sind. Nehmen wir ein Beispiel: Die SPD-Führung und die Führung des ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) hat bis 1933 jede Einheitsfront zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern zur Verhinderung der faschistischen Machtergreifung abgelehnt. Auf der anderen Seite hat die KPD sich für diese Einheitsfront eingesetzt und die KPD-Führung hat der SPD- und ADGB-Führung auch dementsprechende Vorschläge unterbreitet, leider ohne Erfolg.

Worin liegt also für die DGB-Führung die Schwierigkeit?

Dumme Frage! Darin, daß es gar nicht so einfach ist, aus Tatsachen ihr Gegenteil zu beweisen. War es etwa die SPD, die die Arbeiterklasse gespalten hat? Wo kämen wir da hin! — sagt sich die DGB-Führung. Es muß die KPD gewesen sein.

Um der Schwierigkeiten Herr zu werden, lud die DGB-Führung zu dem Historikerkongress in München neben 100 anderen Historikern auch den DKP-Theoretiker Frank Deppe ein, obwohl Deppe ein Buch mitherausgegeben hat, in dem oben erwähnte Tatsachen nicht verschwiegen werden.

Das ist mutig von den DGB-Bonzen. Denn hätten sie Deppe nicht eingeladen, dann hätte das einen schlechten Eindruck gemacht. Es hätte so ausgesehen, als hätte die DGB-Führung Angst vor den Tatsachen. Dabei fürchtet sie sich doch gar nicht. Also lud man Deppe trotzdem ein.

Professor Dr. Deppe in-

DKP-Theoretiker Deppe auf dem Historiker-Kongress



Prof. Dr. Deppe

Noch ein Schrittchen weiter...

dessen ist ja nun kein Chaos oder Wahrheitsfanatiker oder dergleichen (auch wenn er sich Kommunist nennt). Er wußte die Ehre dieser Einladung durchaus zu schätzen, wie sich auch aus dem Bericht in Metall ersehen läßt. Wir zitieren:

„Wäre eine Einheitsfront von Sozialdemokraten und Kommunisten möglich gewesen — und hätte sie den Faschismus erfolgreich abwehren können?“ war die heiß umstrittene Frage. Referent Henry Skrypczak aus Berlin: Die Gewerkschaften

hätten zahlreiche Fehleinschätzungen und Handlungsschwächen gezeigt. Eine Einheitsfront zwischen SPD und KPD habe nicht erreicht werden können — der Graben sei wegen der KPD-Politik zu tief gewesen. Dagegen Ko-Referent Frank Deppe aus Marburg, einer der Herausgeber der seit Monaten diskutierten „Gewerkschaftsgeschichte“: Die Kommunisten hätten zwar eine Einheitsfront angeboten, aber die kommunistische Politik habe, vor allem seit 1929/30, selbst noch dazu beigetragen, die Spaltung und damit auch den Immobilismus der Gewerkschaftspolitik zu verstärken.

Diese — gegenüber dem von ihm mitherausgegebenen Buch modifizierte — These Deppes rief dann lebhaften Widerspruch hervor. „Mich würde interessieren“, fragte Hermann Weber, „ob Herr Deppe nicht doch noch einen Schritt weitergehen will und sagen kann, daß es doch gerade kommunistische Gewerkschaftspolitik war, die dazu geführt hat, daß mit Gründung der RGO eine weitere Spaltung der Gewerkschaften erfolgt ist?“

Soweit Metall. Noch irgendwelche Klarheiten, nicht beseitigt? Hoffen wir es nicht! So einfach, wie Frank Deppe sich das früher vielleicht mal gedacht hat, ist das ja alles gar nicht. Sicher hat die SPD-Führung die Einheitsfront-Angebote der KPD abgelehnt. Aber andererseits ist es auch schädlich, Tatsachen zu verabsolutieren, wie das die KPD schon damals immer gemacht hat. Wo kämen wir da denn hin! Das wäre ja Tatsachengläubigkeit, bzw. Dogmatismus oder sowas ähnliches!

In anbetracht dieser Tatsachen sollte sich Frank Deppe den Vorschlag von Hermann Weber doch noch einmal überlegen. Noch ein Schrittchen weiter und alles ist in Butter, obgleich zwar die Tatsachen... aber wie dem auch sei!



Im Januar während des Stahlarbeiterstreiks: IGM-Boß Loderer wird von Vertrauensleuten bedrängt, die gegen die verräterische Politik der IGM-Führung protestieren.

che Kollegen auf diesen Konferenzen vertreten waren —, als Delegierte nach Dortmund geschickt zu werden.

So bleibt also festzuhalten, daß diese Konferenzen nicht wirklich die Vertrauensleute der IG Metall repräsentiert hat. Dennoch spiegelte sich auf ihr die Verschärfung der Widersprüche zwischen der gewerkschaftlichen Basis und der reaktionären Führung wider — wenn auch in verzerrter Form. Loderer benutzte die Konferenz als Tribüne, um gegen die oppositionellen Vertrauensleute Stimmung zu machen und gleichzeitig seinem Rivalen Steinkühler eine Abreibung zu verpassen.

Geschickt zog Loderer in seinem Grundsatzreferat alle Register der Demagogie. Anfangs tönte er so wortradikal gegen Strauß wie selten, gab sich als Vorkämpfer gegen die reaktionären Kräfte in der Bundesrepublik und verkaufte noch ganz nebenbei die SPD als „Alternative“ bei der nächsten Bundestagswahl.

Dann aber setzte er zu einer massiven und unverfrorenen Hetze gegen die oppositionellen Gewerkschafter an, wobei er gleichzeitig eine wohlkalkulierte Provokation gegen die Funktionäre des Bezirks Stuttgart startete. Wohlwissend, daß konsequent oppositionelle Vertrauensleute kaum im Saal waren, diffamierte er frech die Nachschlagsbewegung. Dabei verstieg er sich zu der bewußt fal-

schon Beifall für die Redner sei gesichert.“

Der FAZ geht es mit ihrem Artikel natürlich darum, das Gespenst der „kommunistischen“ Unterwanderung des DGB an die Wand zu malen. Trotzdem ist es keineswegs aus der Luft gegriffen, daß die etablierten sozialdemokratischen DGB-Bonzen sich häufig auf DKP-Leute stützen, wenn wieder einmal die „unruhige Basis“ beschwichtigt werden soll.

Genau darin liegt allerdings auch ein wichtiger Unterschied

„Kommunistische Umtriebe im DGB“

Die DKP und die unruhige Basis

In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) vom 22. Oktober findet sich ein Artikel über eine Konferenz des DGB-Landesbezirksvorstandes Nordrhein-Westfalen. Und zwar wurde auf dieser Konferenz eine „vertrauliche Schilderung kommunistischer Umtriebe im DGB“ gegeben.

Mit den angeblich „kommunistischen“ Umtrieben ist die Gewerkschaftsarbeit der revisionistischen DKP gemeint. Die FAZ weiß über die „vertrauliche Schilderung“ der DKP-Aktivitäten unter anderem folgendes zu berichten:

„Darin heißt es, daß gewerkschaftliche Funktionäre in der Regel auf die Hilfe von Kommunisten rechnen könnten, wenn eine unruhige Basis beschwichtigt werden solle. Solche ‚Ordnungsfunktionen‘ orthodoxer Kommunisten endeten jedoch sofort, wenn sie glaubten, in bestimmten Bereichen seien die Mehrheiten so verändert, daß sie ohne großen Aufwand ihre Freunde in Ämter hineindirigieren können, oder wenn sie bestimmte sachliche oder personelle Bastionen gefährdet sehen. [...]“

Aus dem Bereich der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft wird das Beispiel angeführt, wonach bei gewerkschaftlichen Kundgebungen „augenzwinkernd“ kommunistische Vorfeldorganisationen zugelassen werden. In diesen Fällen würden dann auch Ordner der kommunistischen Jugendorganisation mit großem Einsatz gegen alle chaotischen Störungen kämpfen. Freundlich-

zwischen wirklichen Kommunisten und den verräterischen DKP-Funktionären: Erstere stehen an der Spitze der „unruhigen Basis“, sie unterstützen konsequent die revolutionäre Opposition gegen die arbeiterfeindliche Politik der DGB-Führung. Letztere bieten sich den DGB-Bonzen als Abwiegler an.

Das oppositionelle, scheinradikale Auftreten, das die DKP-Führer dabei oft an den Tag legen, dient nur dazu, die klassenbewußten Kollegen auf ihren Leim zu führen.

So forderte die Gewerkschafts-

11. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Bau Verschärfung der Widersprüche

WESTBERLIN. — Am Samstag vergangener Woche ging der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden zu Ende. Auch dieser Gewerkschaftstag, auf dem der eingeleitete Unternehmerkomplex Rudolf Sperner als Gewerkschaftsvorsitzender wiedergewählt wurde, spiegelt verschärfte Auseinandersetzungen zwischen fortschrittlichen Gewerkschaftern und den reaktionären Bonzen wider.

So forderte die Gewerkschafts-

jugend der IG Bau beispielsweise, daß eine gewerkschaftliche Betriebsarbeit entwickelt werden muß, die gewährleistet, daß die Kampfkraft der Bauarbeiter gestärkt wird. Dieser wie alle anderen fortschrittlichen Anträge wurden von den Bonzen zur Ablehnung empfohlen. Einige positive Anträge wurden jedoch trotz Ablehnungsempfehlung durch die Antragsprüfungskommission verabschiedet. Im nächsten Roten Morgen berichten wir genauer über den IG-Bau-Kongress.

Zur „Faschismus = Sozialismus“-Kampagne der CSU (Teil II)

Seit ihrem letzten Parteitag betreibt die CSU unter dem Deckmantel der Diskussion um die jüngste Vergangenheit eine aggressive Hetzkampagne gegen die Arbeiterbewegung. Generalsekretär Stoiber gab das Stichwort, als er erklärte, man müsse der Bevölkerung deutlich machen, daß die Nazis in erster Linie Sozialisten waren. Strauß und andere CSU-Größen stießen in den folgenden Wochen mit ähnlich lautenden Erklärungen nach.

„Der Sozialismus ist der Leim, um die Vögel zu fangen“ (Goebbels)

Strauß und Co. setzen „Volksgemeinschafts“-Propaganda der Nazis fort

Im letzten Roten Morgen haben wir nachgewiesen, daß gerade die Vernichtung des Marxismus theoretisch und praktisch den Hauptpunkt des Programms der NSDAP bildete und daß umgekehrt die Kommunisten und Sozialisten die erbittertesten und konsequentesten Gegner der Nazis und die treibende Kraft des deutschen antifaschistischen Widerstands waren. Angesichts dieser Tatsachen erscheint es jedoch zunächst paradox, daß ausgerechnet die Nazis sich als „Sozialisten“ — nämlich „Nationalsozialisten“ — bezeichneten und in ihrer Propaganda mit dem Begriff „Sozialismus“ operierten.

Die Erklärung ist einfach. Die in Deutschland nach der Macht strebenden Faschisten mußten, wollten sie eine Massenbewegung zustande bringen, auf die Stimmung der unter der Wirtschaftskrise und dem Diktat von Versailles leidenden Massen eingehen. Die Stimmung war antikapitalistisch. Den Werktätigen stand das Beispiel der Oktoberrevolution und des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion vor Augen; das Streben nach Sozialismus ergriff immer breitere Teile des Volkes. — Vor den Nazis — als einer Partei des Großkapitals — stand damit die Notwendigkeit, die von breiten Bevölkerungsschichten vorgetragene Forderung nach einer Einschränkung des privaten Kapitals in die gewünschte, für das Kapital ungefährliche Richtung zu lenken. Sie führten das Wort „Sozialismus“ ins Feld, als Köder, als Täuschung, als Ablenkung.

„Der Sozialismus in unserem Programm ist nur der Leim, um die Vögel zu fangen“, schrieb der spätere Reichspropagandaminister Goebbels. Und Hitler sprach in diesem Zusammenhang von einem „Gegengift“.

„Sozialismus“ à la Nazis

Der Sozialismus, den die Nazis in ihren Reden auf Massenversammlungen vorzeigten, war ein diffuses Gebilde, ein Gefasel und ein Jonglieren mit den Begriffen „Blut“ und „Volk“. Mit dem wirklichen, dem marxistischen Sozialismus, dessen Kern die Herrschaft der Arbeiterklasse und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist, hatte das nichts zu tun.

Der NS-Ideologe Alfred Rosenberg erklärte 1927: „...erscheint der Sozialismus — gereinigt vom Marxismus — als ein staatliches Mittel, im Dienste des einzelnen und des ganzen die Volkshheit vor privaten hemmungslosen Gelüsten zu schützen.“ Der Vertreter des angeblichen Arbeiterflügels der NSDAP, Gregor Strasser, definierte: „Unser Sozialismus, der wahre Sozialismus, stellt gerade die Nation, die Not- und Brotgemeinschaft, in den Mittelpunkt.“ Strasser sprach von der „Gebundenheit des Blutes“ und betonte in diesem Zusammenhang, daß das „Eigentum die Grundlage aller Kultur“ ist. Goebbels schrieb 1931: „Der nationalsozialistische Sozialismus ... schließt die Klassen zusammen und schmiedet das Volk zu einer unlöslichen Blutsinheit aneinander.“ Und Hitler schließlich erklärte, daß „höchster Sozialismus gleich ist mit höchster

Volks- und Vaterlandsliebe“.

Übrigens wußten die Nazis schon früh gegenüber ihren Geld- und Auftraggebern jedes Mißverständnis in puncto „deutscher Sozialismus“ auszuräumen. So konnte etwa 1932 ein Industrieller nach dem Besuch einer Nazi-Versammlung schreiben: „... immerhin geht davon so viel Faszinierung aus, daß selbst unsereiner im gereifteren Alter sich nicht ganz dem Eindruck entziehen kann. Soviel konnte ich aus der gestrigen Rede herauslesen, daß unter dem „Sozialismus“ der Nationalsozialisten ein anderer gemeint ist als der, den wir gemeinhin als solchen bezeichnen. Aber ausgesprochen hat Dr. Haupt [der Naziredner] dies natürlich nicht; denn es ist wohl oberstes Gesetz bei den Nationalsozialisten, den Begriff „Sozialismus“ stehen zu lassen und ihn nicht mit irgendwelchen anderen Inhalten auszufüllen, um die Einwirkung auf die Arbeitermassen nicht zu vermindern.“

Sie übernahmen Formen, aber nicht die Inhalte

Außer mit dem Begriff „Sozialismus“ operierten die Nazis auch mit verschiedenen antikapitalistisch klingenden Losungen und Parolen. Sie sprachen von „Brechen der Zinsknechtschaft“, vom raffenden und schaffenden Kapital“, von der „Verstaatlichung der Trusts“, von der „Gewinnbeteiligung in Großbetrieben“, von einer „Bodenreform durch unentgeltliche Enteignung“.

Die Nazis entlehnten weiter aus der kommunistischen und sozialistischen Arbeiterbewegung zahlreiche Formen und Attribute, um sie demagogisch für ihre Ziele einzusetzen. Sie übernahmen aus der Arbeiterbewegung verschiedene Lieder und legten ihnen neue, faschistische Texte unter; sie übernahmen das Rot der Fahnen, die Anrede Volks„genosse“ etc. Mit den Formen aber übernahmen sie in keinem Punkt die Inhalte, die ihren Zielen ja diametral entgegengesetzt waren. Die NSDAP, auch wenn sie mit roten Fahnen verkleidet war und einen Teil des Volkes, vor allem das Kleinbürgertum, für ihre Ziele zu mobilisieren verstand, war und blieb die Partei der reaktionärsten Kreise des Finanz- und Großkapitals, die Partei einer arbeitfeindlichen, chauvinistischen und rassistischen Politik, eine terroristische Partei des Antikommunismus, des Massenmords und des Krieges.

Was der „deutsche Sozialismus“, die „Blutsinheit“, die

„Not- und Brotgemeinschaft“ der Nazis wirklich bedeutete, erfuhr das deutsche Volk nach der faschistischen Machtergreifung 1933. Von all ihren antikapitalistischen Versprechungen verwirklichte die Nazis keine einzige.

Realität der „Volksgemeinschaft“

Das Eigentum der Kapitalisten und Großkapitalisten blieb nicht nur unangetastet; die kapitalistische Ausbeutung wurde auf die Spitze getrieben. Die Gewerkschaften und die politischen Organisationen wurden zerschlagen bzw. in die Illegalität getrieben, die Werktätigen aller Rechte am Arbeitsplatz beraubt. Indem die Betriebe nach dem „Führerprinzip“ durchorganisiert wurden, wurde die uneingeschränkte Herrschaft des Unternehmers gesichert. Die Zwangsorganisation „Deutsche Arbeitsfront“ faßte die Werktätigen mit den Unternehmern zusammen und nahm ihnen so jede Möglichkeit einer eigenständigen Interessenvertretung.

Parallel zur Entrechtung der Werktätigen verschlechterte sich ihre Lebenslage. Die Tariflöhne wurden 1933 auf das Niveau der Vorkrisenzeit eingefroren, die Reallohne sanken aufgrund der erheblichen Steigerung der Lebenshaltungskosten in der Zeit von 1936 bis 1938 weiter. Zehn-Stunden-Arbeitstag, gesteigerte Arbeitsbelastung, erhöhtes Unfallrisiko und Abbau der Sozialleistungen kennzeichneten die wirtschaftliche und soziale Lage der Mehrheit der Werktätigen. Auch die wirtschaftliche Lage der Mittelschichten verbesserte sich nicht. In den Jahren 1933 bis '39 gingen mehr als 36000 kleine und mittlere Unternehmen in Konkurs, 392000 Handwerksbetriebe mußten schließen, und fast 12000 Bauernhöfe, die meisten unter 20 Hektar — fast ebensoviel wie in den Krisenjahren 1931/32 — fielen der Zwangsversteigerung zum Opfer.

Indessen brach für die Großindustriellen und Junker eine goldene Zeit an. Die größten Rüstungskonzerne, Krupp, Flick und die IG-Farben, nahmen sofort 1933 die Rüstungsproduktion auf; sie konnten ihre Profite in den Jahren 1933 bis 1939 um ein Vielfaches steigern, so Krupp um 300, die IG-Farben um 500 Prozent. Hitler's Raubkrieg trieb die Gewinnraten noch einmal empor; er bescherte überdies den Großindustriellen in Form von KZ-Häftlingen, Zwangsarbeitern und Kriegsge-

Pressemeldung vom 8. April 1934: „Die diesjährige Maiplakette der Nationalen Arbeitsfront trägt neben einem Goethenkopf und dem Adler mit Hakenkreuz auch die bolschewistischen Symbole Hammer und Sichel, offenbar um auf diese Weise die dem Regime immer noch ablehnend gegenüberstehenden Arbeiter zu gewinnen.“



Goebbels hat den „Führer“ überredet, fortan, wenn er vor Arbeitern spricht, sich einen Karl Marx-Bart umzuhängen

Mit dieser Fotomontage nahm John Heartfield 1934 die sozialistische Demagogie der Nazis auf Korn.

fangenen billigste Arbeitskräfte, die sie wie Sklaven ausbeuten konnten. Das Programm hieß „Vernichtung durch Arbeit“.

Das „III. Reich“ brachte einem Häuflein von Großkapitalisten, Junkern, Militärs und Parteibonzen ein Maß von Freiheit und eine Anhäufung von Reichtum, wie sie es bis dahin noch nicht erlebt hatten. Für die Masse aber bedeutete das Regime Unterdrückung, Kontrolle, Erfassung, Gleichschaltung, Ausbeutung, Not, Militär- und Kriegsdienst, Sterben für den Profit der Kapitalisten, Verlust des Ernährers, Verlust des Besitzes, vollständige Ruinierung der Existenz. Das war die Wirklichkeit der faschistischen „Volksgemeinschaft“.

Wie aber stellen Strauß und Co. diese faschistische Gesellschaft dar? — In einer gemeinsamen Erklärung des Trios Strauß, Stoiber und Zimmermann heißt es, „daß Faschismus, Nationalismus, Sozialismus und Kommunismus kollektivistische Organisationsformen sind und damit in unversöhnlichem Gegensatz zum freiheitlich-individuellen Personalismus stehen.“

Ist der Faschismus „kollektivistisch“

Strauß und seine Komplizen erklären also den Faschismus zu einer kollektivistischen Gesellschaft. Ist der Faschismus, speziell der Nationalsozialismus, aber kollektivistisch? Was bedeutet Kollektivismus, Kollektiv?

Kollektives Handeln bedeutet doch zunächst einmal, gemeinsam handeln. Ein Kollektiv ist eine Gemeinschaft, in der die Konkurrenz aufgehoben ist, in dem die einzelnen nicht gegeneinander, sondern ihrem gemeinsamen Interesse entsprechend miteinander wirken und arbeiten. Gerade diese Tatsache macht die Stärke eines Kollektivs gegenüber einer Zusammenfassung widerstreitender einzelner aus, die nur eine äußerliche Klammer — zum Beispiel irgendwelche staatli-

chen Zwangsorgane oder Terrormaßnahmen — zusammenhält.

Strauß und Co. bezeichnen in ihrer Erklärung den Sozialismus und Kommunismus als „kollektivistische Organisationsform“ der Gesellschaft. Damit haben sie recht. Im Sozialismus haben erstmals in der Geschichte die Arbeiter die Macht, die werktätigen Menschen, die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, richten erstmals die gesamte Gesellschaft nach ihren Bedürfnissen und Interessen ein. Sie handeln kollektiv. Die Voraussetzungen dafür schafft die sozialistische Revolution: Die Unternehmer sind enteignet, die Ausbeutung der Arbeiter, die Arbeitslosigkeit, der Kampf um Arbeitsplätze, die Konkurrenz der Arbeiter untereinander sind abgeschafft.

Strauß und Co. stellen dem „Kollektivismus“ ihr bombastisches und nichtssagendes Wort vom „freiheitlich-individuellen Personalismus“ gegenüber. (In der Schaffung großklingender Worte stehen sie den NS-Ideologen nicht nach). Was sie damit meinen, wissen wir nicht. Wenn sie damit aber die Freiheit der Kapitalisten, auszubeuten, die Freiheit der Chauvinisten, Kriegstreiber, Rassen- und Völkermordhetzer, die Freiheit der Herrenmenschen und „Führerpersönlichkeiten“ meinen, dann ist diese Freiheit mit einer kollektiv organisierten Gesellschaft in der Tat nicht vereinbar. Im Sozialismus hat der Arbeiter die Macht, und dazu genießt er hier eine Freiheit wie in keiner anderen Gesellschaftsformation. Im sozialistischen Kollektiv wird seine Persönlichkeit nicht unterdrückt, im Gegenteil, sie erfährt erst hier, von den Fesseln der Ausbeutung befreit, ihre volle Entfaltung.

Faschismus und Nationalsozialismus sind dagegen keine kollektivistischen Gesellschaften, wie es uns Strauß und seine Komplizen weismachen wollen. Mit dem gleichen Recht könnte man ein Konzentrationslager — Bewacher, Opfer und die Aufkäufer von Arbeitssklaven — als Kollektiv bezeichnen.

Was Strauß & Co mit ihrer Demagogie bezwecken

Mit ihrer demagogischen Bezeichnung des Faschismus als „kollektivistisch“ verfälschen Strauß und seine Gefolgschaft den wirklichen Charakter der faschistischen Diktatur. Ja, sie setzen im Grunde nur die nazi-faschistische Propaganda fort, die den Nazi-Staat, die e von ungeheuren Klassengegensätzen zerrissene und nur durch extremen Terror zusammengehaltene Gesellschaft, als „Volksgemeinschaft“ bezeichneten.

Der Zweck, den Strauß und seine Komplizen mit der Gleichsetzung von Faschismus und Kollektivismus verfolgen, ist klar. Sie soll ihre „These“ von der Verwandtschaft von Faschismus und Marxismus untermauern. Sie markieren dabei mit der Unwissenheit breiter Teile der Bevölkerung darüber, was unter Sozialismus zu verstehen sei. Sie rechnen damit, daß die Menschen mit dem Begriff „Kollektivismus“ die Praktiken der Nazis — den Terror, die Überwachung, die Unterdrückung, die Beschneidung selbst der minimalsten bürgerlichen Freiheiten, die Erfassung bis ins persönliche Leben hinein — verbinden und dies dann auf den Sozialismus als eine wirklich kollektive Organisationsform der Gesellschaft übertragen. Sie wollen damit verhindern, daß die Menschen erkennen, was der Sozialismus wirklich ist: die Herrschaft der Arbeiterklasse, die über die Freiheit für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung bedeutet.

In ihrem Bemühen, den Sozialismus zu diskreditieren, treffen sich die CSU-Größen mit den Bemühungen der einstigen Nazi-Größen. Die heutigen schwarzen Kreuzritter des Antikommunismus reichen ihren Vorgängern, den braunen „Vernichtern des Marxismus“, die Hand. Und die gemeinsamen Geldgeber, die Groß- und Rüstungsindustriellen, sprechen den Segen darüber.

Seit Dienstag letzter Woche stehen NS-Verbrecher Lischka, Hagen und Heinrichsohn vor dem Kölner Amtsgericht. Die Anklage wirft ihnen Beihilfe zum mehr als 50 000 fachen Mord an Juden vor: Sie waren verantwortlich für die Deportation der Juden in die Vernichtungslager Auschwitz, Majdanek und Sobibor. Heinrichsohn stellte als SS-Staffelunterführer die Transporte zusammen; Zeugen schilderten den heutigen CSU-Mann und Bürgermeister von Bürgstadt als besonders sadistischen Quäler und Mörder. Lischka und sein Mitarbeiter Hagen „arbeiteten“ als ehemalige SS-Obersturmbann- bzw. -Sturmbannführer mehr vom Schreibtisch aus. Sie waren führende Funktionäre der Judenvernichtung — nicht nur in Frankreich, sondern auch im Rahmen der gesamten „Endlösung“. Sie hatten zentrale Funktionen im Unterdrückungsapparat des „III. Reiches“.

Die Nazi-Massenmörder und die Bundesrepublik

Zum Beispiel Lischka

Bereits 1933 in die SS eingetreten und seit 1935 bei der Gestapo aktiv, übernahm Lischka 1937 die Verantwortung für die Abteilung II B der Gestapo Berlin. II B war die Abteilung, die sich mit der sogenannten Judenfrage befaßte. 1938 wurde er Leiter des Judendezernates der Gestapo Berlin. Dieses Dezernat organisierte unter seiner Leitung die ersten großen Massenverhaftungen deutscher Juden am 13. Juni 1938, als sogenannte Asozialen-Aktion getarnt. Die Opfer wurden im KZ Sachsenhausen ermordet.

Die Durchführung der

7 000 Verhaftungen, an den Verfahren und Hinrichtungen im Gefolge des Attentats vom 20. Juli 1944. Diese Tätigkeit steht in Köln ebenfalls nicht zur Debatte.

Aufgrund seiner führenden Rolle im Vernichtungs- und Unterdrückungsapparat des Nazi-Staates mußte — so sollte man meinen — in der westdeutschen Justiz und im westdeutschen Staatsapparat ein besonderes Interesse an der Verfolgung und Verurteilung Lischkas bestehen. Bekanntlich ist dies nicht der Fall. Wahrscheinlich verdankt Lischka gerade seiner führenden Rolle im NS-Staat

bach: „Sollte der Entwurf dieses Abkommens den Rechtsausschuss passieren, so werde ich ihn als Berichterstatter zu prüfen haben. Und das wird sorgfältig gemacht und lange, sehr lange dauern.“ — Achenbach hatte seine Gründe. Er war zur Zeit des Faschismus der politische Leiter der deutschen Botschaft in Paris und in dieser Eigenschaft selbst in die NS-Verbrechen verwickelt. So meldete er im Februar 1943 nach Berlin, daß anläßlich eines Attentats auf zwei Offiziere „als einstweilige Sühnemaßnahme geplant ist, 2 000 Juden zu verhaften und nach dem Osten zu verbringen“. Lischka schickte die 2 000 Juden in zwei Transporten nach Majdanek; nur neun der Juden überlebten.

Weder für die Verschleppung der Ratifizierung des Zusatzabkommens noch für die Verbrechen zur Zeit des „III. Reiches“ ist Achenbach je zur Verantwortung gezogen worden. Sein Verhalten während des Ratifizierungsvorganges zeigt deutlich das Zusammenspiel der Nazi-Verbrecher im und außerhalb des Staatsapparats, es liefert ein Bild der westdeutschen Verhältnisse.

Was Lischka von 1950 bis 1957 getrieben hat, ist bis heute unbekannt. Am zweiten Verhandlungstag in Köln weigerte sich Lischka dazu Aussagen zu machen. Vermutet wird, daß Lischka in dieser Zeit als alter erfahrener Gestapo-Mann seine Erfahrungen für den Aufbau des neuen „freiheitlich-demokratischen“ Verfassungsschutzes einsetzte. Nach Aussage eines ehemaligen Verfassungsschützers, die die Zeitschrift *Capital* (7/68) wiedergab, waren es auch im Bundesamt für Verfassungsschutz von Anfang an „Abwehrleute, die die eigentliche Arbeit machten. An ihrer Spitze standen sechzehn

die Verschleppung seines Prozesses, die skandalöse Schonung seiner Person. Lischka war bereits im Jahre 1950 in Frankreich in Abwesenheit zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt worden. Er lebte aber unbehelligt in der Bundesrepublik und machte seine Karriere als Prokurist einer Futtermittelfirma. Der Prozeß gegen ihn wurde unter dem formalen Vorwand, daß er ja schon in Frankreich verurteilt sei, und daß niemand wegen des gleichen Vergehens zweimal vor Gericht gestellt werden können, jahrelang verschleppt. Als westdeutscher Staatsbürger konnte Lischka auch nicht nach Frankreich ausgeliefert werden.

1971 schließlich wurde ein „Zusatzabkommen“ zwischen Frankreich und der Bundesrepublik geschlossen, das ermöglichen sollte, in Frankreich bereits abgeurteilte Nazi-Verbrecher auch in der Bundesrepublik zu bestrafen. Das „Zusatzabkommen“ hätte die Möglichkeit geboten, unverzüglich Lischka zu belangen.

Nun zeigte sich aber, daß die Schonung Lischkas und seiner Komplizen nur formal auf irgendwelche internationalen Abkommen oder „Gesetzeslücken“ zurückzuführen war. Denn bis das Zusatzabkommen ratifiziert war, vergingen noch mehr als vier Jahre. Die Verschleppung hatte einen Namen: Ernst Achenbach, seines Zeichens Bundestagsabgeordneter der FDP und Berichterstatter für das Gesetz zur Ratifizierung des Zusatzabkommens im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages. Offen erklärte Achen-



Kurt Lischka

ne des Obersturmbannführers Lischka im Reichssicherheitshauptamt: Karl Kiene, SS-Sturmbannführer und Kriminalrat, und dessen Stellvertreter Wilhelm Hucko, ebenfalls ehemaliger Sturmbannführer. — Es ist im übrigen nicht ungefährlich, sich an Lischka heranzuwagen: Das Büro des durch sein Engagement für die Bestrafung Lischkas in der Bundesrepublik bekanntgewordenen Serge Klarsfeld wurde 1978 durch ein Bombenattentat verwüstet, und Klarsfelds Freund und Mitarbeiter in Köln, Sammy Maedge, hat einige Male erfahren müssen, mit welcher rüden Methoden sogar die Kölner Politische Polizei die Aufklärung über die Person Kurt Lischkas zu verhindern versucht.

Die Sympathisantenszene um den NS-Verbrecher Lischka und seine Komplizen ist groß. In der Grauzone bewegen sich nicht zuletzt auch Zeitungen wie der *Köln Express*. In einem Bericht vom 24. Oktober heißt es hier unter der Überschrift „Mit Knütteln Sturm auf das Gericht“ über den ersten Verhandlungstag gegen Lischka und Co.: „Der lange hagere Mann wirkt wie ein gehetztes Wild, als er den Verhandlungssaal des Kölner Landgerichts um 10.35 betritt: Er versteckt sich hinter der ausgebreiteten Robe seines Anwalts, das Gesicht verbirgt er hinter seinen Händen. So versucht Kurt Lischka (70) den Fotografen zu entkommen. ... Das Gericht ist von etwa 300 französischen Juden umlagert. ... Etwa 50 versuchen, das Gebäude am Appellhofplatz zu stürmen.“

In alter *Stürmer*-Manier wird hier die Wahrheit in ihr Gegenteil verkehrt: Der Mordbube wird zum gehetzten Opfer, die für Gerechtigkeit de-



Antifaschistische Demonstranten vor dem Landgericht in Köln

Männer vom SD und der Gestapo“. Wahrscheinlich war Kurt Lischka einer von ihnen. — Hängt die Schonung Lischkas auch mit diesen Tätigkeiten zusammen?

Ein dritter Grund für die zuvorkommende Behandlung, die Lischka genießt, mag in der Beschaffenheit der Kölner Kriminalpolizei liegen. Deren Leiter waren ehemalige Untergebe-

monstrierenden Angehörigen der wirklichen Opfer werden zu brutalen und aggressiven Angeifern.

Daß Lischka und seine Mordkomplizen überhaupt — wenn auch erst mehr als 30 Jahre nach den Untaten — vor Gericht stehen, ist ein Erfolg des antifaschistischen Kampfes. Dieser Kampf ist damit aber noch lange nicht zu Ende.

Antifaschistische Proteste in Frankfurt

Anwohner kämpfen gegen Neonazi-Buchladen

FRANKFURT. — Seit September existiert im Frankfurter Stadtteil Bornheim ein Nazi-Buchladen. Hintermann ist der berühmte Nazi Schönborn. Die betroffenen Anwohner haben den Kampf für die Schließung des Faschisten-Ladens aufgenommen. Die „Initiative gegen Reaktion und Faschismus“ sammelte 600 Unterschriften.

Der Nazi-Laden wurde in der Hartmann-Ibach-Straße direkt gegenüber der Comeniuschule eingerichtet. Die von dem Laden angebotene Literatur richtet sich in erster Linie an Jugendliche; sie hat die Verherrlichung alter Nazi-Verbrecher, die Leugnung der Massenmorde in den KZs und die Rechtfertigung von Hitlers Terrorherrschaft und Aggressionskriegen zum Inhalt.

Neben dem Buchverkauf dient der Laden auch als Zentrum und Ausgangspunkt verschiedener gewalttätiger Aktionen, Drohungen und Provokationen: Nach Aussagen eines SPD-Ortsbeiratsmitglieds wurde ein junger Mann vor dem Laden von mehreren Jungnazis zusammengeschlagen; am 3. Oktober wurden im Bürgertreff die Teilnehmer eines Treffens gegen den Nazi-Buchladen von zwölf uniformierten und bewaffneten Faschisten bedroht; in Bonames drangen die Uniformierten auch in eine DKP-Versammlung ein, wo sie mehrere Anwesende verletzten.

Der Laden wird von einem Jungnazi namens Ralf Platzdatsch betrieben. Hintermann ist der ehemalige Arbeitsdienstführer und Nazioffizier Erwin Schönborn. Schönborn („Ich war, ich bin und ich bleibe Nationalsozialist“) ist heute Vorsitzender des neonazistischen „Kampfbundes Deutscher Soldaten“. Schönborn ist Urheber und Verbreiter von faschistischer Propaganda der ungeheuerlichsten und ekelhaftesten Art. So ließ er unter

anderem der jüdischen Kultusgemeinde in Fürth Postkarten zustellen mit der Aufschrift: „Ich Esel glaube noch, daß in einem deutschen KZ Juden vergast worden sind“. Für seine NS-Propaganda wurde er fünfmal zu allerdings nur geringfügigen Gefängnisstrafen verurteilt. Schönborn hält enge Verbindungen zur neonazistischen „Wehrsportgruppe Hoffmann“.

Der Nazi-Buchladen in der Hartmann-Ibach-Straße hat große Empörung unter der Bornheimer Bevölkerung hervorgerufen. Am 11. Oktober erschienen 13 der Anwohner auf einer Sitzung des Ortsbeirats und forderten die Schließung des Ladens. Seit einiger Zeit hat die „Initiative gegen Reaktion und Faschismus“ aktiv den Kampf gegen den Laden aufgenommen. In der näheren Umgebung des Ladens konnte sie bereits 200, insgesamt aber 600 Unterschriften für seine Schließung sammeln. Am 12. Oktober lud sie zu einer Pressekonferenz ein; jedoch allein die Stadtteilzeitung „Bornheimer Brücke“ berichtete objektiv darüber.

Die Bornheimer „Initiative gegen Reaktion und Faschismus“ fordert:

- Sofortige Schließung des Nazi-Ladens
- Verbot der Nazi-Propaganda
- Verbot der faschistischen Organisationen, die den Laden tragen
- Strafverfolgung der Hintermänner

NS-Skandal in München

CSU-Innenminister deckt Ex-Nazi

Faschisten Verfassungsschutz-Dossiers zur Verfügung gestellt

MÜNCHEN. — Bei der Vertuschung der Nazi-Vergangenheit haben das bayerische Innenministerium, der Verfassungsschutz und Alt-Faschisten einträchtig zusammengearbeitet. Der nun bekanntgewordene Fall beschäftigt zur Zeit den bayerischen Landtag.

Im Zentrum des Skandals steht der ehemalige CSU-Innenminister und Strauß-Freund Alfred Seidl. Er hatte dem Bürgermeister von Grafrath (Oberbayern) und Ex-Nazi Otto Kraus einen Brief mit Verfassungsschutzinformationen über zwei schwedische Fernsehjournalisten und einen Deutschen zugestellt, die mit Recherchen über Kraus' Nazi-Vergangenheit beschäftigt waren. Kraus hatte die Informationen beim bayerischen Innenministerium angefordert, um Material gegen die Journalisten in die Hand zu bekommen. Das Zusammenspiel von Innenministerium, Verfassungsschutz und Altfaschisten ist ein empörender Versuch der Einschüchterung antifaschistischer Journalisten; ein Versuch, die Aufdeckung von eventuellen Nazi-Verbrechen zu verhindern.

Neben Kraus galten die Nachforschungen der Journalisten auch einem anderen Grafrather Bürgermeister: Josef Friedinger. Kraus und Friedinger hatten im Mord- und Terrorregime der Nazis gewisse

Funktionen erfüllt. Kraus war Kreisleiter der NSDAP im Kreis Bruch im ehemaligen Sudetenland. Nach dem Urteil seiner Nazi-Vorgesetzten gehörte er zu den „besten“ Kreisleitern und galt als „zielbewußt und energisch“. Friedinger war Mitglied des „1. SS-Totenkopfregiments“ und Aufseher im KZ Dachau.

Vom bayerischen Innenministerium wird die Existenz des Briefes mit den Verfassungsschutzdossiers nicht bestritten. Innenminister Tandler, der frühere CSU-Generalsekretär, erklärte, Seidl sei davon ausgegangen, daß es sich hierbei „um eine Information im öffentlichen Interesse gehandelt habe“.

Die aufgedeckte Zusammenarbeit von CSU-Größen, Verfassungsschutz und Altnazis ist besonders entlarvend im Hinblick auf die gegenwärtige Kampagne der CSU, Faschismus und Sozialismus in einen Topf zu werfen. Sie zeigt deutlich, wie es um Faschismus und CSU wirklich bestellt ist und wer mit wem in einem Topf gekocht ist.



Kämpferische Demonstration gegen türkische Faschisten

„Strauß und Türke rüsten fleißig für ein neues '33“

Volkskorrespondenz aus Bielefeld

Über tausend Menschen — zumeist türkische Arbeiter — demonstrierten am Samstag, den 20. Oktober, durch die Bielefelder Innenstadt. Sie demonstrierten gegen das „Islamische Kulturzentrum“ und den „Türkischen Idealistenverein“, die Tarnorganisation der „Grauen Wölfe“, einer faschistischen Terrororganisation.

Aufgerufen hatten vier ausländische und 16 westdeutsche Organisationen, so der „Verein der Arbeiter und Studenten aus der Türkei“ und die „Front gegen Reaktion und Faschismus“, die hauptsächlich die Demonstration trugen. Auch die Bielefelder Ortsgruppe der KPD/ML hatte zur Teilnahme aufgerufen und unterstützte den Kampf.

Unter Parolen wie „Türkes — Mörder“ (Türkes ist ein bekannter Faschistenführer) und „Strauß und Türke rüsten fleißig für ein neues '33“ forderten die Demonstranten das Verbot des „Türkischen Idealistenvereins“ und des „Islamischen Kulturzentrums“. Sie wiesen auf das Treffen Strauß/Türkes hin und forderten, den Faschistenführer nicht einreisen zu lassen.

Die kämpferische Demonstration verlief diszipliniert und ohne Zwischenfälle. Die Behörden hatten das Kulturzentrum durch Polizeikräfte abriegeln lassen. Die Polizisten waren mit entschärfter chemischer Keule aufmarschiert. Demonstration und Kundgebung stießen auf reges Interesse bei der Bevölkerung. Die Ortspresse berichtete über die Aktion.



Veranstaltung der



Westberlin: Veranstaltung zur Tarifrunde, 4. November, 15 Uhr, Gesellschaftshaus Neukölln, Karl-Marx-Straße 131.

Veranstaltung der



Frankenthal/Pfalz: Veranstaltung zum Strippel-Prozeß, Freitag, 2. November, 19 Uhr, Eisenbahnstraße/Bahnhofsgaststätte

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML ☐ Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
- ☐ Ich bitte um Zusendung einer Probennummer des „Roten Morgen“ ☐ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name:

Straße:

Plz/Ort:

Datum: Unterschrift:

Ausschneiden und einsenden an das Parteilbüro der KPD/ML, Wellinger Straße 103, Postfach 30 05 28, 4600 Dortmund 30

Verletzungen an Kopf, Brustkorb und Händen

Bochumer Polizei hat erneut zugeschlagen

Volkskorrespondenz aus Bochum

Schon wieder muß ich mich wegen eines erneuten brutalen Polizeieinsatzes in Bochum an euch wenden. Diesmal hat der starke Arm des Gesetzes, wie es so schön heißt, den 38 Jahre alten Gabelstapler Dombrowski erwischt. Er wurde in seiner Wohnung am 14. Oktober von der Polizei festgenommen. Im folgenden Augenzeugenbericht:

„Es geht mir nicht darum, warum Herr Dombrowski festgenommen wurde, sondern um die Art und Weise der Festnahme. Das Vorgehen der Polizei war brutal!“ — „Herr Dombrowski wurde von den beiden Polizeibeamten so abgeführt, daß sein Kopf mehrmals auf der Treppe aufschlug. Ich stand

am Geländer und rief noch den Polizisten zu: „Lassen Sie den Mann in Ruhe, der hat ein kaputtes Bein!“ Auf meine Worte reagierten die Beamten gar nicht.“ — „Sein Rücken war blau und wund, an Kopf und Beinen blutete er. Er wurde getreten und gestoßen, an den Füßen mehrere Treppenstufen

heruntergezerrt. Es war abscheulich, abstoßend, menschenunwürdig.“

Der Betroffene sagt selbst über den Terrorsatz: „Ich wurde gegen die Korridortür geschleudert, in den Flur gestoßen und klammerte mich am Geländer fest. Ein Beamter gab mir einen Schubs, daß ich die Treppe runterfiel. Dann packten sie mich an Bein und Kragen und zogen mich das Treppenhaus hinunter.“

Der Arzt schreibt Herrn Dombrowski für neun Tage krank. Der Vollständigkeit halber die Stellungnahme des Polizeipräsidenten, der selbstredend keine Furcht vor Anzeigen gegen seine Beamten hat: „Nach dem Bericht meiner Beamten habe ich nichts zu beanstanden.“

Urlaubseindrücke aus Polen

In den Grenzen von 1937

Volkskorrespondenz aus Bochum

Kürzlich war ich auf Urlaub in Polen, vor allem in Niederschlesien, wo die meisten Verwandten meiner Frau leben. Ich will jedoch nicht über die ständig fortschreitende Verrottung des polnischen revisionistischen Staates schreiben, sondern einen anderen sehr wichtigen Aspekt aufgreifen.

In den Gesprächen mit den Leuten in Niederschlesien schälte sich folgendes heraus:

Diese Polen dort sind keineswegs sicher, daß Schlesien ihre endgültige Bleibe ist. Sie fürchten noch immer, 34 Jahre nach dem Krieg, daß sie vertrieben werden. Sie fürchten vor allem, daß die Bundesrepublik eines Tages die DDR schlucken könnte und danach mit Polen abrechnet. Diese Leute kommen überwiegend aus den früheren polnischen Ostprovinzen (Ostgalizien, Wolhynien etc.), die jetzt rechtmäßig zur UdSSR gehören und wo sie vor dem Krieg eine wenn auch zahlreiche Minderheit darstellten (fünf Mio. Ukrainer, zwei Mio. Polen).

Diese Furcht vor einer möglichen Vertreibung bewegt viele vor allem jüngere Menschen dazu, nach Zentralpolen umzusiedeln. „Wir wollen lieber nicht lange warten“, sagen sie. Daß sie die Gefahr der Vertreibung schon jetzt für so akut

erachten, hielt ich für übertrieben, bis ich nach meiner Rückkehr in die Bundesrepublik eines Besseren belehrt wurde. Während des Streites zwischen Koalition und Opposition über den Geltungsbereich des Umsatzsteuergesetzes wurde schlaglichtartig klar, daß alle Gesetze, die die DDR vom Deutschen Reich übernommen oder sich seit 1949 gegeben hat, auf dem gesamten Gebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 Geltung haben.

Das heißt aber, juristisch gesehen: Die Leute, die heute in Schlesien leben und sich an die dort geltenden polnischen Gesetze halten, handeln illegal und sind Gesetzesbrecher, und jede

Bundesregierung, egal, in welcher Zusammensetzung, ist von Amts wegen gehalten, gegen diese Gesetzesbrecher vorzugehen. Entgegen aller großbejauelten „Entspannungspolitik“ ist der Revanchismus in der DDR juristisch lückenlos abgesichert, ja, automatisch Bestandteil jeder bundesdeutschen Politik.

Die Leute in Schlesien haben also allen Grund, die Vertreibung zu fürchten, und das nicht nur wegen Strauß oder der Landsmannschaften und Flüchtlingsverbände.

Diese begründete Angst vor der Vertreibung ist auch der Grund, weshalb die meisten Polen, auch in den zentralen Gebieten, die Sowjets und ihre verhassten Besatzungstruppen hinnehmen. Sie erhoffen sich von ihnen einigen Schutz vor dem deutschen Revanchismus. Sie nehmen in Kauf, daß der „große Bruder“ ihr Land ausplündert und sehen das als unvermeidlichen Preis für diesen Schutz. Das haben sie mir ausdrücklich bestätigt.

Wiking-Jugend provoziert Passanten

Polizei schützt Faschisten

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Im Anschluß an eine Demonstration in Kreuzberg gegen die wie Pilze aus dem Boden schießenden Faschistenläden, an der sich etwa 400 Menschen beteiligten, wurden gegen Abend zwei Passanten vor dem Buchladen der Wiking-Jugend von Angehörigen dieser faschistischen Jugendorganisation überfallen und zusammengeschlagen.

Das alles passierte am Samstag, den 20. Oktober. Die Demonstration wurde vom Initiativ-Komitee gegen türkische Faschisten vorbereitet und verlief ohne Zwischenfälle. Abends, es dämmerte schon, griffen junge Faschisten zwei Passanten an und verletzten sie. Die sofort nach dem Überfall benachrichtigte Polizei nahm im Buchladen der Wiking-Jugend eine Hausdurchsuchung vor und beförderte interessante Dinge ans Tageslicht, die recht wenig mit einer Buchladenausstattung zu tun haben: Stichwaffen, Bajonnette, Gas- und Schreckschusspistolen, auch auf große aus Holz gefertigte Hakenkreuze stieß man da.

Zunächst wurden vier Angehörige der Wiking-Jugend auf die Wache gebracht. Mittlerweile hatten sich viele empörte Menschen angesammelt, was die Faschisten zu einer neuerlichen Provokation veranlaßte. Sie bauten sich vor ihrem Laden auf, etwa 35 an der Zahl, grölten Nazilieder und stimmten Hetzparolen an. „Rot Front, verrecke“ und ähnliche Tiraden hallten dort unter ausdrücklicher Duldung der noch anwesenden Polizeikräfte durch

die Straße. Wenn die Faschisten nicht gerade grölten, unterhielten sie sich in aller Freundlichkeit mit den Polizisten, die ihrerseits an dieser Art von Zeitvertreib auch nicht das geringste auszusetzen hatten.

Als die Empörung der Passanten immer größer zu werden drohte, wurden die Faschisten in Fünfergruppen abgeführt, ohne daß sich das freundliche Einvernehmen zwischen Wiking-Jugend und Polizei irgendwie geändert hätte.

Als sich zwei Faschisten unbemerkt unter die Menge mischten, Passanten heftig angriffen und um sich traten, konnten sie, ohne von der Polizei behindert zu werden, die Flucht ergreifen. Und als sie nach einiger Zeit an den Tatort zurückkehrten, kümmerte das keinen Polizisten. Am anderen Morgen stand groß in der Zeitung, die Polizei hätte 35 Rechtsradikale festgenommen. So entstand der Eindruck, die Polizei hätte endlich mal die richtigen erwischt. Doch die Menschen, die die Provokation voller Zorn miterlebt hatten, wußten, daß die Berichterstattung Lug und Trug war.

Über das Schicksal eines Schwerbehinderten

Entlassung auf Raten

Volkskorrespondenz aus Freiburg

Ein Bekannter von mir, ich will ihn mal Kollege Martin nennen, arbeitet in einer Leiterfabrik. Martin ist schwerbehindert. Das kommt einmal durch Mißhandlungen, die er unter der Naziherrschaft erlitten hat, zum anderen sind daran die „Sicherheits“vorkehrungen seines Betriebes schuld; Martin hatte einen Arbeitsunfall.

Vom Standpunkt der Unternehmer her sind Schwerbehinderte sowieso überflüssige Menschen, und da Martin ein politisch wacher Mensch ist, sich längst nicht alles gefallen läßt, ist er doppelt verhaßt bei der Betriebsleitung. Sie will ihn lieber heute als morgen vor die Tür setzen. Doch da gibt es ein Hindernis. Nicht, daß die Betriebsleitung von Skrupeln irgendwelcher Art befallen wäre, aber sie müßte im Falle seiner Entlassung die Zuschüsse, die sie vom Arbeitsamt als Anreiz zur Beschäftigung Schwerbehinderter bekommt, zurückzahlen.

Also wird zunächst einmal der Landeswohlfahrtsverband eingeschaltet. Martin wird eröffnet, daß sein bisheriger Arbeitsplatz ungeeignet für ihn sei, er solle zwei Vorschläge unterbreiten, wo er am liebsten in

Zukunft zu arbeiten gedenke. Martin macht die Vorschläge. Mit dem ersten ist der Chef nicht einverstanden. Mit dem zweiten soll alles klar gehen. Doch die Sache hat einen Haken. Martin erfährt, daß der für ihn vorgesehene neue Arbeitsplatz zu einer Abteilung gehört, die bis zum Jahresende dichtgemacht werden soll.

Unverblümt schlägt man ihm vor, das Arbeitsamt aufzusuchen, „damit bereits jetzt schon Vermittlungsbemühungen eingeleitet werden können“. Der Unternehmer würde sich in diesem Falle die Hände reiben, wäre doch Martin auf diese Weise freiwillig aus dem Betrieb gegangen. Doch Martin will bei dieser Intrige nicht den ihm zugeteilten Part spielen. Er wird um seinen Arbeitsplatz kämpfen.

Auf Einladung der Redaktion der albanischen Zeitung „Zëri i Popullit“, dem Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, bereiste ein Redakteur des „Roten Morgen“ sechs Wochen lang die Sozialistische Volksrepublik Albanien. Bewaffnet mit Notizblock, gespitztem Bleistift und schußbereitem Fotoapparat war er Gast bei Betriebsversammlungen, sprach er mit den Herren des Landes, den Arbeitern und Bauern, sammelte er Eindrücke über das Leben der albanischen Werktätigen, die nach eigenen Worten „leben und kämpfen wie im Belagerungszustand“.



Reisereportage
SVR ALBANIEN

Bei den albanischen Griechen

Kico Sterjos Wohnzimmer könnte durchaus für ein Museum gelten. Über und über sind die weißgetünchten Wände mit Fotos bedeckt. In reizvollem Gegensatz zu dieser schwarz-weißen Vielfalt von großen und kleinen Aufnahmen steht die in kräftigem Blau bemalte Holzdecke des Raums, in deren Mitte ein Kranz von geschnitzten Ornamenten herausgearbeitet ist.

Kico hat auf seinen vier Wänden allerdings nichts Weltbewegendes ausgestellt. Es ist nur seine eigene Geschichte, die Geschichte seiner Familie und seines Dorfes, die hier in Schnappschüssen, Porträt- und Gruppenaufnahmen zusammengetragen wurde. Und da, wo diese Geschichte wirklich aufsehenerregend war, gibt es keine Fotos, die sie belegen könnten. Ja damals, als Kico noch ein junger Mann war, geriet selbst das Wasserholen zu einem Abenteuer, einem sehr beschwerlichen allerdings. Damals mußte man um jeden Tropfen Wasser aus diesem an den Berghang gebauten Dorf Dervican hinunter ins Tal gehen, mußte man die Ebene durchschreiten, durch den Talgrund wandern, in den Berg auf der anderen Seite hineingehen — dort in einer Höhle konnte man dann die Eimer mit Trinkwasser füllen. Das waren dreizehn Kilometer hin und dreizehn zurück.

Diese Zeiten liegen weit zurück, sie leben nur noch in der Erinnerung der Alten. Kico ist auch alt geworden. Sein Leben lang ist er Bauer gewesen. Jetzt hat ihn die Genossenschaft als Wächter bei ihrem Waffendepot angestellt. Kicos Leben ist das von unzähligen seiner Altersgenossen gewesen. In einem allerdings unterscheidet er sich von den vielen alten Bauern, die mir in diesem Land begegnet sind — und das ist seine Sprache. Wenn er mit uns redet, gibt es keinen Satz, in den nicht ein griechisches Wort, eine griechische Wendung eingeflochten wäre. Und wenn sich gar seine Frau zu Wort meldet, dann brauchen auch einige meiner albanischen Begleiter einen Dolmetscher. Die Genossin Sterjo nämlich spricht überhaupt nur Griechisch.

Besuch in der Dorfschenke

In Dervican und ebenso in den anderen Dörfern, die hier jeweils in einem Abstand von ein paar Kilometern am Hang des Bergmassivs liegen, lebt die griechische Minderheit in Albanien. Diese Menschen hatten in der Vergangenheit außer dem Joch der Beys auch noch eine besondere nationale Unter-

vollhängt sind sie. Allerdings nicht mit Erinnerungsfotos, sondern mit unzähligen Schautafeln, mit Tabellen, bunten Bildern und Parolen. Alles von den Schülern selbst sehr liebevoll zusammengestellt.

In einer der Elementarklassen dann fällt auf den ersten Blick ins Auge, daß die Tafeln nicht albanische, sondern griechische Texte tragen. Und damit wären wir ja beim Thema. Wie ist das also hier mit der Zweisprachigkeit? „Wir haben ein ganz einfaches und sehr effektives System“, sagt einer der Lehrer. „Dieser Raum hier ist für eine dritte Klasse. In den ersten vier Schuljahren wird griechisch unterrichtet, albanisch ist nur die zweite Sprache. In den letzten vier Jahren ist es dann gerade umgekehrt. Albanisch wird die Unterrichtssprache, griechisch tritt dagegen zurück. Für die Oberschüler kommt dann übrigens noch russisch als dritte Sprache hinzu.“

Ein anderer Lehrer ergänzt:

„Mit diesem System erfüllen wir genau die beiden grundsätzlichen Erfordernisse für unsere Schüler. Erstens sollen sie ja ihre Muttersprache nicht verlernen, sondern sie vollkommen beherrschen. Und zweitens müssen sie ebensogut auch albanisch sprechen können, damit ihnen nicht der Weg verbaut ist, wenn sie einmal von hier weggehen, zum Beispiel nach Gjirokastra oder Tirana, um eine Ausbildung zu machen.“

Aber nicht nur durch die Schule, sondern auch mit anderen Einrichtungen hilft der Staat den Menschen hier, ihre Sprache und ihre Traditionen zu bewahren. Es gibt zum Beispiel griechische Sendungen im Programm des nahegelegenen



Die griechische Minderheit pflegt ihre kulturellen Traditionen. Unser Bild zeigt Frauen in den überlieferten Trachten.

chisch hier gesprochen würde. Nun bin ich zwar kein Sprachexperte, ich kann mir aber durchaus vorstellen, daß die heutige Sprache der Hellenen in Griechenland ähnlich wie die unsrige mit allerlei Amerikanismen und anderen Scheußlichkeiten durchsetzt ist. Und so fällt es mir auch nicht schwer, das Entzücken der Schulmänner aus Ioannina nachzuvollziehen.

Vitori — ein Bauernmädchen wird Abgeordnete

Aber zurück in das Wohnzimmer von Kico Sterjo. Ich



Innerhalb der nationalen Minderheit entsteht auch eine neue sozialistische Kultur. Hier liest der junge Dichter Ksenofon Koka Genossenschaftsbauern aus seinen Werken vor.

dreht, durch das Heckfenster gezeigt und gesagt: „Siehst du die mit der Sense. Das ist eine Abgeordnete der Volksversammlung.“

Und so sitze ich denn hier in Kicos Haus einem Mitglied des höchsten Staatsorgans Albaniens gegenüber. Ich bitte die Genossin Vitori, mir etwas über ihr Leben zu erzählen. Und ich höre eine Geschichte, wie ich in diesem Land schon so viele gehört habe. Eine Kindheit im Elend, ausgefüllt von Arbeit und Hunger. Die unerfüllbare Sehnsucht nach Schulbildung. Und immer wieder schufteten für die Herren, während zuhause Suppen aus Unkraut gekocht werden. Dann die Wende im Befreiungskampf, das Aufbauen, die Anstrengung aller Kräfte, um für immer Schluß mit dem Elend zu machen. Illegale Arbeit im Jugendverband der Kommunistischen Partei. Der Sieg des Volkes über seine Bedrucker. Dann die Landreform, der Beginn der Kollektivierung. Sie ist als Kommunistin ein treibendes Element. Die weiteren Stationen: Genossenschaftsbäuerin, Mannschaffsführerin, zur ersten weiblichen Brigadeleiterin gewählt. Vitori zeigt allen, daß die Reserven in der Arbeit noch lange nicht ausgenutzt sind, daß die Genossenschaft noch mehr herausholen kann, arbeitet bis zu 450 genormte Arbeitstage im Jahr. Die Parteigenossen wählen sie zur Vorsitzenden des Komitees; sie wird stellvertretende Leiterin der Genossenschaft, mit dem Titel Heldin der sozialistischen Arbeit ausgezeichnet und 1974 in die Volksversammlung gewählt.

Das ist der Lebensweg eines einfachen armen Bauernmädchens, daß sich geschworen hatte, die Verhältnisse gründ-

lich zu ändern. Ich muß wieder an unsere erste flüchtige Begegnung auf der Straße nach Gjirokastra denken. Und unwillkürlich ziehe ich Vergleiche mit meinem eigenen Land. Der Abgeordnete, dem ja nach dem Verständnis unseres Staates auch meine Vertretung im Bundestag obliegt — ich kenne ehrlich gesagt nicht einmal seinen Namen. Undenkbar, daß er an einem Frühlingsabend im Kreis von Werktätigen von der Arbeit käme. Was seinesgleichen umkreist, sollte er sich schon einmal unter das Volk wagen, sind höchstens die unauffälligen Herren von der Sicherungsgruppe. Lächerlich, sich auszumalen, solch einer könnte jemals, wenn nicht eine Sense, so doch irgendetwas anderes Nützliches in den Händen halten.

Vitori Curri aber, die mit uns im Wohnzimmer von Kico Sterjo sitzt, sie ist, ob als Genossenschaftsbäuerin oder als Angehörige der griechischen Minderheit, eine von denen, die hier leben und arbeiten. Und sie verschwindet nach ihrer Wahl ja auch nicht in Tirana für vier Jahre, um etwa irgendwelche „Ausschuß-Arbeit“ zu machen; sie bleibt auf ihrem Posten in der Genossenschaft.

Auch wenn sie jetzt fünf Jahrzehnte von Kampf und Kampferfolg hinter sich hat, die Genossin ist nicht der Meinung, sie habe etwas besonderes geleistet. Sie sagt voller Ernst: „Ich bin doch ein armes Mädchen gewesen. Und wenn ich jetzt auch Tag und Nacht arbeitete, so könnte ich doch nicht entgelten, was die Partei für uns getan hat.“

Im nächsten RM: „Dörfer der Jugend“. Neuland am Meer und in den Bergen



Kico Sterjo (vorne) und seine Familie, Angehörige der griechischen Minderheit in Albanien. Im Hintergrund links die Genossin Vitori Curri, Abgeordnete der Volksversammlung.

drückung zu ertragen. Um zu erfahren, wie es heute dieser Minderheit ergeht, habe ich — bevor wir in Kicos schönes Wohnzimmer kamen — auch die Schule unten am Fuße des Berges besucht.

Es ist dies sozusagen eine Gesamtschule. Die Grundstufe und ein weiterführender, landwirtschaftlich ausgerichteter Zweig sind hier unter einem Dach. Die Wände in den Klassenzimmern, durch die ich geführt werde, gleichen übrigens denen in Kicos Wohnzimmer. Auch hier schimmert kaum einmal eine Handbreit der weißen Wand durch, so

Radio Gjirokastra, es gibt eine Zeitung und Bücher in griechischer Sprache. Und am Pädagogischen Institut von Gjirokastra existiert ein Zweig, der sich ausschließlich mit der Ausbildung von Lehrern für die nationale Minderheit befaßt.

Als wir uns über diese Dinge unterhalten, erfahre ich auch, daß die Lehrer kürzlich für ihre Arbeit höchstes Lob aus beruflichem Munde erhalten haben. Es hat nämlich eine Gruppe von Pädagogen aus der nordgriechischen Stadt Ioannina diese Schule besucht; und die Herren waren hellauf begeistert davon, welch schönes und reines Grie-

hatte dort noch eine interessante Begegnung. Bei den Bauern, die mit uns unter der blauen Holzdecke saßen, war auch eine kräftige Frau um die fünfzig. Sie wurde mir vorgestellt als Vitori Curri, stellvertretende Vorsitzende der Genossenschaft und auch Angehörige der griechischen Minderheit. Ich hatte sie aber schon einmal gesehen. Das war auf unserem Weg nach Gjirokastra gewesen, der uns dicht an Dervican vorbeiführte. Wir hatten diese Frau überholt, als sie — eine Sense geschultert — in einer Gruppe von Bäuerinnen auf ihr Dorf zuging. Ilir hatte sich im Wagen umge-

Augenzeugenbericht aus Madrid (Teil 2)

Kommunisten vor dem Sondergericht

Ein Prozeß gegen zwei Genossen der KPSP/ML

Vor einem Sondergericht in Madrid standen Anfang des Monats die beiden Genossen Carlos Hurtado und Tomas Pellicer, Mitglieder der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten. Angeklagt waren sie nach dem „An-

Beide Genossen haben diese Erklärungen natürlich widerrufen. Im RM Nr. 42 brachten wir den ersten Teil eines Augenzeugenberichtes über den Prozeßverlauf. Er enthielt unter anderem die Aussagen von Tomas über die Folter durch die Polizei. Mit der Schilderung der Vernehmung von Carlos setzten wir im folgenden den Augenzeugenbericht fort.

Carlos wird zunächst vom Staatsanwalt vernommen. Er bestätigt, daß er — ebenso wie

einen Karton vors Gesicht gehalten und gesagt, da wären Waffen drin. Aber ob das stimmt, und wenn ja, woher die Waffen waren, das weiß ich nicht.“

Der Verteidiger Salas legt dem Gericht ein Attest vor, aus dem hervorgeht, daß sein Mandant heute noch unter den Folgen der Folter leidet. Der Anwalt überreicht dem Gericht auch Dokumente und die Satzung der KPSP/ML sowie Materialien über den Kampf

terrorgesetzes“ das einzige „Beweismaterial“ der Staatsanwaltschaft waren von der Polizei unter Folter erpresste Erklärungen der beiden.

führt unter anderem aus: „Wir wollen hier nicht über falsche Ausweise und Waffen polemisieren. Bei der KPSP/ML handelt es sich um eine alte Partei, die bereits in den 60er Jahren entstanden ist. Wenn wir die Arbeit dieser Partei betrachten, so müssen wir jeweils von den Bedingungen ausgehen, wie sie im Verlauf der Zeit in diesem Land geherrscht haben. Die Partei mußte wie viele andere auch im Untergrund arbeiten.“

Die KPSP/ML war eine der

würden damit mangels eines Beweises nichtig. Salas sagte auch, daß es den Tatsachen entspreche, daß die KPSP/ML von 1973 bis 1975 auch bewaffnete Aktionen durchgeführt hätte. Danach jedoch wäre die Taktik der Partei geändert worden. Und über die Waffenfunde sagte er: „Die Waffen wurden vielleicht deshalb gefunden, weil die Polizei sie finden wollte.“

Auch die Verteidigerin von Carlos, Frau Almeida, forderte Freispruch für ihren Mandanten. Sie sagt unter anderem: „Die Polizei hat keine Beweise gesichert, weil sie seit langem daran gewöhnt ist, mit solchen Erklärungen zu arbeiten, wie sie uns hier vorliegen. Es ist eine lückenlose Beweiskette notwendig, wenn man verurteilen will. Hier aber haben wir nur die Erklärungen der Polizei, die unter ungesetzlichen Bedingungen zustande gekommen sind.“ Frau Almeida kritisiert besonders den Untersuchungsrichter Gomez Chaparro, der die Inhaftierung der beiden Genossen bestätigt hat. Dieser selbst hatte seinerzeit mehrere Faschisten auf freien Fuß gesetzt, die fortschrittliche Rechtsanwälte erschossen hatten. Das hatte in der ganzen Bevölkerung eine Welle der Empörung hervorgerufen. Eine Initiative, an der sich auf Frau Almeida beteiligte, hatte sich gebildet und schließlich erreicht, daß Chaparro zumindest an eine andere Dienststelle versetzt wurde.

Optimismus bei den Genossen

Nach den Plädoyers der Anwälte kommt aus dem überfüllten Zuschauerraum zunächst zaghafter, dann immer heftigerer Beifall. Die Polizeibeamten im Saal sind irritiert. Der vorsitzende Richter weist darauf hin, daß solche Kundgebungen im Gerichtssaal verboten sind. In Spanien ist es nicht üblich, daß nach der Verhandlung sofort das Urteil gesprochen wird. Auch ein Termin für die Urteilverkündung wird nicht bekannt gegeben. Die Ungewißheit ist damit geblieben. Trotzdem zeichnet sich auf den Gesichtern der Besucher, der Angeklagten und ihrer Verteidiger selbstbewußter Optimismus ab. Obwohl keiner mit Illusionen zu diesem Prozeß gekommen ist, sind die Hoffnungen nach dem guten Prozeßverlauf gewachsen, daß die Gefangenen bald in Freiheit sein könnten.

Auf dem Weg zu einem Lokal, wo wir mit Freunden der Angeklagten, der Mutter des einen Genossen und den Anwälten zu Mittag essen, begrüßt uns Pablo Mayoral Rueda und bedankt sich ebenfalls für unser Kommen. Er war 1975 auch zum Tode verurteilt und erst kurz vor dem Hinrichtungstermin aufgrund der weltweiten Proteste begnadigt worden. In seinem ernsten Gesicht wirkt die Freude über den Prozeßverlauf besonders stark.

(Anmerkung der Redaktion: Bis jetzt ist uns das Urteil in diesem Prozeß noch nicht bekannt geworden. Wir werden also erst später darüber berichten können.)

unter Franco am schärfsten verfolgten Organisationen. Wir haben alle den Prozeß in Erinnerung, der mit den Erschießungen vom September 1975 endete. Ich habe in diesem Prozeß auch verteidigt. Wenn aber der Staatsanwalt auf die formale Illegalität des Handelns in früheren Zeiten verweist, so unterliegt er damit einer Verwirrung. Denn aus der heutigen Sicht ist das frühere Tragen von falschen Pässen gerechtfertigt. Daß die Legalisierung der KPSP/ML so lange auf sich warten ließ, ist allein auf die Verzögerung des behördlichen Verfahrens zurückzuführen. Diese Verzögerung bewirkte, daß die KPSP/ML erst im Mai dieses Jahres durch einen Gerichtsbeschluss legalisiert wurde. Die Satzung der Partei lag jedoch im November 1978, als die Verhaftungen erfolgten, schon ein halbes Jahr dem Innenminister vor. Damit hat das Innenministerium auch mitzuverantworten, daß die Angeklagten so lange falsche Pässe führen mußten. Aus den Folterungen durch die Polizei schließlich geht hervor, daß man dort die Demokratie offenbar nicht versteht.“

Erklärungen unter der Folter haben keine Beweiskraft

Rechtsanwalt Salas geht auch auf die durch die Folter erpressten Erklärungen ein. Er stellt dabei unter anderem fest, daß den Anwälten das gesetzliche Recht verweigert wurde, anwesend zu sein, während diese Erklärungen abgegeben wurden. Daher hätten die Erklärungen auch keinerlei Beweiskraft; es gelte allein das, was die Angeklagten vor Gericht gesagt hätten, unter anderem eben auch die Rücknahme der erpressten Unterschriften.

Die Vorwürfe der Anklage

der Partei für ihre Legalisierung. Der Staatsanwalt erklärt zwar diese Dokumente für überflüssig, was den Verlauf des Verfahrens betrifft, das Gericht beschließt jedoch, sie anzunehmen.

Plädoyer des Staatsanwalts

Der Prozeß hat noch keine Stunde gedauert, da beginnt der Staatsanwalt bereits sein Plädoyer. Auf die politischen Hintergründe, so sagt er, käme es hier nicht an, sondern allein auf die Fakten. Und dann zählt er auf: falsche Ausweise mit ausgetauschten Fotos; Auftreten unter falschem Namen; Anmietung eines Lokals, in dem später Waffen gefunden wurden; der Fund eines weiteren Waffenverstecks an einem anderen Ort, das aufgrund der schriftlichen Erklärung der Angeklagten entdeckt wurde. Das Delikt, erklärt der Staatsanwalt, liege schon in der Benutzung falscher Namen, unabhängig von den damit verfolgten Zielen. Die vergrabene Waffenkiste hätte ohne die Erklärung der Angeklagten von der Polizei gar nicht gefunden werden können. Weiter hätte sich herausgestellt, daß die den Angeklagten zur Last gelegten Dinge zu einer Zeit geschehen wären, als ihre Partei noch illegal war. Und aus dieser Tatsache würde sich ja klar ergeben, daß auch das Handeln der Angeklagten selbst illegal war. Über den Vorwurf der Folter sagt der Staatsanwalt nur, das könne hier nicht verhandelt werden, das sei Sache eines anderen Verfahrens.

Rechtsanwalt Salas widerspricht

Rechtsanwalt Salas, der Verteidiger von Tomas, widerspricht energisch dem Staatsanwalt und



Die Genossen Carlos Hurtado (links) und Tomas Pellicer sind von der spanischen Polizei gefoltert und anschließend vor ein Sondergericht gestellt worden.

Tomas — unter falschem Namen gelebt hat. Er war schon in der Franco-Zeit von der Polizei verfolgt worden und wollte keine Verhaftung riskieren. Er ist aber dann am 19.11.78 dennoch der Polizei in die Hände gefallen. Einen Tag zuvor war das Lokal durchsucht worden, daß er unter falschem Namen angemietet hatte. Es diente der Lagerung von Propagandamaterial und auch als Tagungs-ort für die KPSP/ML während der Periode ihrer Illegalität. Wie schon Tomas, so bestreitet auch Carlos energisch, daß dort oder auch anderswo Waffen gelegen hätten.

Auch Carlos wurde gefoltert

Auch Carlos bestätigt, daß er acht Tage lang von der Polizei gefoltert wurde. Nur aufgrund dieser Folter hätte er auch die Erklärung unterschrieben, die ihm von der Polizei vorgelegt wurde. Er erklärt, daß er den Inhalt dieser zehn Seiten langen Erklärung gar nicht gelesen habe, bevor er sie unter dem Druck der Folter unterschrieben hätte. So stellt er denn auch deutlich heraus, daß der Inhalt nicht der Wahrheit entsprechen könne.

Als einzige Zeugin erscheint eine etwa 45 Jahre alte Frau. Es ist die Vermieterin des fraglichen Lokals. Sie sagt aus, daß sie nur Carlos als ihren Mieter, nicht aber Tomas kenne. Sie bestätigt auch, wie es schon Carlos ausgesagt hatte, daß sie auch einen Schlüssel für das Lokal gehabt hätte. Sie wäre auch einmal wegen Reparaturarbeiten in dem Lokal gewesen, hätte aber nichts besonderes bemerkt. Bei der Durchsuchung war sie zwar anwesend, hat aber nicht gesehen, daß dabei Waffen herausgetragen worden wären. „Die Polizei hat mir



Eine der vielen Demonstrationen, mit denen die Arbeiter der „Times“ ihre Forderungen an die Bosse unterstrichen haben.

Britischer Zeitungsstreik

Nach fast 12 Monaten: Sieg der Times-Kollegen

Rationalisierungsfeldzug gestoppt

LONDON. — Der fast einjährige Streik der britischen Times-Drucker wurde in der letzten Woche mit einem Sieg abgeschlossen. „Wir haben in jeder wichtigen Frage gewonnen“, erklärte ein Gewerkschaftsfunktionär. Innerhalb der nächsten vier Wochen werden die Londoner The Times und ihr Schwesterblatt The Sunday Times wieder erscheinen.

In dem Konflikt ging es, ähnlich wie bei den Kämpfen in der westdeutschen Druckindustrie, um die Einführung neuer Techniken (vor allem in der Satzherstellung) und den damit verbundenen Rationalisierungsfeldzug gegen Setzer, Drucker und Metzeure. Die Einführung der neuen arbeitsplatzvernichtenden Techniken ist nun vorerst vom Tisch. Dies ist der wichtigste Erfolg des langen Kampfes der Arbeiter.

Die Arbeiter der Londoner Zeitungsbetriebe hatten schon zu Beginn des letzten Jahres die Angriffe der Druckkapitalisten mit einer Serie von Kampfkampagnen beantwortet. Sie waren nicht bereit, sich auf kaltem Wege aus den Betrieben herausrationalisieren zu lassen. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1978 konnten 145 Millionen Exemplare der überregionalen Zeitungen aufgrund von Streiks nicht ausgeliefert werden. Auf diese gerechten Kämpfe der Druckereiarbeiter antwortete der britische Zeitungs- und Besitzer der Times, Lord Thomson of Fleet, mit einer gemeinen Erpressung: Wenn bis zum 30. November 1978 die „wilden Streiks“ nicht eingestellt würden und wenn sich die Arbeiter bis dahin nicht seinen Bedingungen gefügt hätten, würde er die Times schließen — und 4300 Arbeiter und Angestellte auf die Straße setzen.

Am 30. November 1978 wurde der Thomson-Konzern bestreikt. Die Times stellte ihr Erscheinen ein; eine große Anzahl Arbeiter wurde entlassen.

Die Arbeiter weigerten sich jedoch, mit den Zeitungsbossen zu verhandeln, solange die Entlassungen bestehen blieben. Und sie blieben hart. Im April 1979, als der Thomson-Konzern bereits 12 Millionen Pfund durch das Nichterscheinen der Zeitung verloren hatte, erzielten sie ihren ersten größeren Erfolg. Der Times-Verlag erklärte sich bereit, alle bisher ausgesprochenen rund 3000 Kündigungen vorerst bis zum 17. April zurückzunehmen und insbesondere auch jene knapp 2000 Arbeiter, die den Verlag bereits verlassen hatten, sofort wieder einzustellen. Für die Zeit der Arbeitslosigkeit erklärte er sich bereit, 50 Prozent der entgangenen Löhne nachzuzahlen.

In Westdeutschland wurde der Kampf der Times-Kollegen breit bekannt, als Ende April 1979 die Times-Bosse versuchten, eine Streikbrecherausgabe der Times in Westdeutschland zu drucken. Vor der Frankfurter „TER-Druck GmbH“, wo die Ersatz-Times gedruckt werden sollte, zogen westdeutsche Kollegen als Streikposten auf und verhinderten den Druck der Zeitung. Ein schönes Beispiel internationaler Arbeiter-Solidarität! Alle Versuche des Pressezaars Thomson, die Times auf dem europäischen Festland zu drucken, scheiterten.

Mit ihrem Kampf erreichten die Times-Kollegen in der letzten Woche außer der Zurückweisung der Rationalisierungsvorhaben auch beträchtliche Lohnerhöhungen und Verbesserungen bezüglich Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE	
13.00-13.30	9350 kHz	32,08m	KW
	7300 kHz	41,10m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08m	KW
	7300 kHz	41,10m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08m	KW
	7300 kHz	41,10m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08m	KW
	7300 kHz	41,10m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10m	KW
	5945 kHz	50,46m	KW
	1394 kHz	215m	MW
21.30-22.00	7300 kHz	41,10m	KW
	5945 kHz	50,46m	KW
	1457 kHz	206m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10m	KW
	5945 kHz	50,46m	KW
	1457 kHz	206m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10m	KW
	5945 kHz	50,46m	KW
	1394 kHz	215m	MW



Westjordanland (Palästina)

Israelische Besatzer vertreiben die Bauern

Beit Dajan ist ein palästinensisches Dorf im besetzten Westjordanland. Der Boden ist fruchtbar, ein gut ausgebautes System der künstlichen Bewässerung hat stets gute Erträge ermöglicht. Früher jedenfalls war das so. Heute sind die Felder von Beit Dajan verodet, ist das Dorf selbst in tiefe Armut gesunken.



Die Karte zeigt schraffiert die von den Israelis 1967 besetzten Gebiete und als schwarze Dreiecke die größten israelischen Siedlungen in diesen Gebieten.

80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche können nicht mehr bearbeitet werden. Der Grund: Wassermangel. Aber es ist nicht eine natürliche Katastrophe, die zum Vertrocknen der Felder geführt hat. Das ist das Werk der israelischen Besatzer. Sie haben dem Dorf im wahrsten Sinne des Wortes das Wasser abgegraben. Und Beit Dajan ist kein Einzelfall.

Über jeden Tropfen Wasser, der aus den Brunnen der besetzten Gebiete kommt, bestimmen die Militärbehörden. Sie haben angeordnet, daß an allen Leitungen Zählwerke angebracht werden müssen, damit sie den Verbrauch kontrollieren können. Und diesen Verbrauch — sowohl für Trink- wie auch für Nutzwasser — schränken sie immer mehr ein. Der Bürgermeister der Stadt Ramallah, Karim Khalaf, klagte kürzlich

die israelischen Behörden an: „Wenn ein Bauer 600 Dunum Land besitzt, kann er aufgrund des Wassermangels nur ein Sechstel davon bewässern. Verwendet er mehr, muß er entweder eine zusätzliche hohe Gebühr entrichten oder er wird ins Gefängnis geworfen.“

Die palästinensischen Bauern werden also eingekerkert, wenn sie ihrem eigenen Boden das für sie notwendige Wasser entnehmen. Diese Politik der Besatzer hat natürlich verheerende Folgen gehabt. In dem eingangs erwähnten Dorf Beit Dajan zum Beispiel sind heute 90 Prozent der Bauern ruiniert. In anderen Dörfern sieht es ähnlich aus. Die — vom israelischen Regime beabsichtigte — unausbleibliche Folge ist dann natürlich, daß immer mehr Bauern ihren Boden verlassen, daß sie in die Städte ihrer besetzten Heimat abwandern, oder gar ins Ausland gehen. So führen die israelischen Zionisten ihre Politik der Vertreibung des palästinensischen Volkes fort. Heute lebt ja schon der größte Teil dieses Volkes außerhalb der Grenzen seiner besetzten Heimat.

Der Entzug des Wassers ist dabei nur eine der terroristischen Maßnahmen, mit denen die Besatzer ihre Ziele verfolgen. Die Militärbehörden suchen und finden tausenderlei Anlässe, um die palästinensischen Bauern um ihr Eigentum zu bringen. Das sieht dann zum Beispiel so aus: Im Bezirk von al-Khalil wurde eine Herde von



Eine palästinensische Bauernfamilie vor den Trümmern ihres Hauses, das von einem israelischen Militärkommando in die Luft gejagt wurde.

306 Ziegen und 25 Schafen beschlagnahmt und dann getötet. Als Begründung wurde angeführt, diese Herde hätte den Boden einer zionistischen Siedlung betreten. Und damit nicht genug — die Besitzer der Herde wurden auch noch vor Gericht gestellt.

Oft ist es auch so, daß die Besatzer den Boden einfach „aus Sicherheitsgründen“ beschlagnahmen. Oder sie berauben die palästinensischen Bauern mittels gefälschter Besitzurkunden. Die barbarischste Methode der Vertreibung und der Vernichtung von arabischem Eigentum aber ist die Sprengung von Häusern. Es ist in den besetzten Gebieten eine alltägliche Erscheinung geworden, daß ein israelischer Kommandotrupp vor einem Haus erscheint, die Bewohner herausprügelt und das Haus dann in

die Luft jagt. Für diese Terrorakte muß dann als Begründung stets herhalten, in dem betreffenden Haus sei ein palästinensischer Partisan gesehen worden. Auf diese Weise sind seit dem Beginn der Besatzung 1967 mehr als 20 000 Häuser dem Erdboden gleichgemacht worden.

Einher mit der Vertreibung der Palästinenser in den 1967 besetzten Gebieten geht die Ansiedlung von Israelis im Westjordanland und im Gaza-Streifen. Bis heute sind dort 79 israelische Städte und Siedlungen gegründet worden, in denen jetzt 100 000 Menschen leben. Die Absicht, die dahinter steckt, liegt klar auf der Hand: Diese Gebiete sollen nach und nach ihren arabischen Charakter verlieren und dann in das israelische Staatsgebiet eingegliedert werden. Das Regime in

Tel Aviv versucht zwar manchmal den Anschein zu erwecken, als sei diese Besiedlung der besetzten Gebiete nur das Werk einiger besonders fanatischer Gruppchen. In der letzten Woche etwa konnte man auch bei uns im Fernsehen den Einsatz von Militär gegen solche „wildes Siedler“ sehen. Man mußte also den Eindruck haben, die Regierung in Tel Aviv gehe energisch gegen den Landraub vor.

Aber was verschwiegen wurde: Die gleiche Regierung hat kürzlich den weiteren Ausbau von sieben Siedlungen in den besetzten Gebieten beschlossen. Und schon seit langem liegen Pläne in den Ministerien von Tel Aviv, nach denen im nächsten Jahr 20 neue Siedlungen im Westjordanland und im Gaza-Streifen gebaut werden sollen.

Teuerung und Lohnstopp

Die Lage der Werktätigen in Israel verschlechtert sich immer mehr. Gegenwärtig liegt die Teuerungsrate bei etwa 70 Prozent, bis Ende des Jahres wird sie 100 Prozent erreicht haben. Die Städte und Gemeinden haben kürzlich ihren Bankrott erklärt und angekündigt, daß im November die Gehälter für ihre Bediensteten nicht mehr ausgezahlt werden können. Die katastrophale Teuerung auf dem Wohnungsmarkt hat dazu geführt, daß heute von drei Millionen Staatsbürgern eine viertel Million in Elendsquartieren hausen muß.

Das sind nur einige Beispiele dafür, wie schwer die Kriegspolitik der israelischen Zionisten auf den Werktätigen lastet. Rechnet man die Rüstung, die Militärausgaben, den Schuldendienst für Waffenkäufe im Ausland, die Kosten der Besatzung in Westjordanland und Gaza-Streifen zusammen, dann verschlingen diese Kosten für die Kriegspolitik fast zwei Drittel des Staatshaushalts.

Als im Sommer dieses Jahres dreimal hintereinander enorme Preisschübe die Grundnahrungsmittel verteuerten, traten die israelischen Werktätigen in einen zweistündigen Generalstreik. Inzwischen hat die Regierung ihre Angriffe gegen die Arbeiter und Angestellten weiter verschärft. Im vergangenen Monat wurden die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst eingefroren. Unter diesen Umständen sind weitere Kampfaktionen der Werktätigen zu erwarten, wobei es der regierungstreuen Gewerkschaft Histadruth schwerfallen dürfte, diese Kämpfe im Rahmen von Warnstreiks zu halten.

Widerstand im Westjordanland

Die zionistische Siedlungspolitik in den 1967 besetzten Gebieten stößt auf einen immer breiteren Widerstand der palästinensischen Bevölkerung. Im Juni zum Beispiel wurde in der Stadt Hebron im besetzten Westjordanland der Generalstreik ausgerufen. Mit Demonstrationen und anderen Kampfformen protestierten die Massen gegen eine zionistische Siedlung in der Nähe der Stadt.

In diesem Monat kam es zu zahlreichen Protestaktionen dagegen, daß die Militärbehörden die Mittel für arabische Schulen immer mehr einschränken oder gar ganz sperren. Dabei wurden in den Städten Jerusalem, Ramallah und Bethlehem bei Zusammenstößen mit der israelischen Armee zahlreiche Palästinenser verhaftet. Am 8. Oktober traten die politischen Gefangenen in einen Hungerstreik gegen die brutale Behandlung in den Gefängnissen. Zu ihrer Unterstützung gingen in verschiedenen Städten des Landes die Menschen zu Protestdemonstrationen auf die Straße. Auch dabei gab es wieder Kämpfe mit der Armee; in Bir Zeit und Bethlehem wurden Massenverhaftungen vorgenommen.

Zur Zeit gibt es in den Kerkern der Zionisten etwa 7 000 politische Gefangene; gegen viele von ihnen ist nicht einmal ein Verfahren eröffnet worden. Immer wieder hat das israelische Regime die systematische Folterung dieser Gefangenen bestritten. In diesem Jahr mußte jedoch aufgrund der erdrückenden Beweise auch das US-Außenministerium in seinem „Report der Menschenrechte“ erstmals die Tatsache der Folter in Israel zugeben.

Zur Sache

Die Regierungskrise in Israel und der Nahost-Konflikt

Der Rücktritt von Außenminister Dayan hat in der vergangenen Woche die Krise in der israelischen Regierung offen zum Ausdruck gebracht. Worum

ging es beim Streit zwischen Ministerpräsident Begin und seinem Außenminister?

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stand die Frage nach der Zukunft des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens. Das sind die von den Israelis im Krieg von 1967 eroberten und seither besetzten palästinensischen Gebiete. Begin hat in der letzten Zeit immer deutlicher zu erkennen gegeben, daß er diese Gebiete vollständig dem israelischen Staatsverband eingliedern will. Er treibt dort die Zwangsenteignung der palästinensischen Bauern, die Errichtung israelischer Siedlungen voran (siehe Artikel auf dieser Seite.) Und darüber hinaus lehnt Begin auch eine sogenannte palästinensische Autonomie im Westjordanland und im Gaza-Streifen ab.

Genau das aber streben Dayan und seine Anhänger an. Was würde eine solche Autonomie bedeuten? Zunächst einmal hat sie nicht das geringste mit einer Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes über einen Teil seiner besetzten Heimat zu tun. Eine Selbstbestimmung, das hat Dayan erst vor ein paar Wochen in Bonn erklärt, ist für ihn „absolut unannehmbar“. Und folgerichtig schließt der ehemalige Außenminister auch die Errichtung eines palästinensischen Staates im Westjordanland „vollkommen und eindeutig“ aus. Was bleibt dann von der sogenannten Autonomie? Dayan will nichts anderes als die jetzige Militärverwaltung in den besetzten Gebieten durch eine

mit palästinensischen Marionetten gebildete Zivilverwaltung ersetzen. Die politische, wirtschaftliche und auch die militärische Kontrolle der israelischen Zionisten über diese Gebiete soll jedoch weiter aufrecht erhalten werden.

Wie man sieht, unterscheiden sich die Positionen von Begin und Dayan nicht grundsätzlich. Beide wollen die zionistische Herrschaft über ganz Palästina, einschließlich der 1967 besetzten Gebiete, für immer zementieren. Widersprüche gibt es zwischen ihnen nur in den taktischen Fragen. Während Begin dieses Ziel mit unverhüllter Brutalität verfolgt, will Dayan den Weg scheinbarer Zugeständnisse an die Palästinenser, wie etwa in der Autonomiefrage, gehen.

Die Vorgänge in der Regierung von Tel Aviv haben größte Aufmerksamkeit in der ganzen Welt erregt. Und das ist nicht verwunderlich. Berühren sie doch direkt die Nahost-Interessen aller imperialistischen Staaten, vor allem die der amerikanischen Supermacht. Sie ist es ja, die heute den größten Teil des strategischen Reichtums dieser Region, des Erdöls, unter ihrer Kontrolle hält und ausbeutet.

Washington hat die Gründung des zionistischen Staates Israel auf dem Boden Palästinas ermöglicht, hat diesen Staat bis an die Zähne aufgerüstet und ihn stets als Werkzeug der Aggression gegen die Völker

des Nahen Ostens gebraucht. Davon zeugen die vier großen Kriege, die Tel Aviv gegen die Nachbarländer vom Zaun gebrochen hat. Davon zeugen die unzähligen Terrorakte der israelischen Kriegsmaschine, wie sie gegenwärtig etwa fast täglich gegen die Bevölkerung des Libanons begangen werden. Davon zeugen schließlich auch Tatsachen wie die, daß das untergegangene Schahregime sich auch der Hilfe israelischer Spezialkommandos bei seinen Versuchen der blutigen Niederwerfung des Volkes bedienen konnte. Das alles diente nur dem einen Ziel: mit der Hilfe des israelischen Gangsterstaates die Länder des Nahen Ostens in immer neue Kriege zu verwickeln und zu schwächen, die antiimperialistische Volksbewegung in diesen Ländern direkt anzugreifen und so die Herrschaft des amerikanischen Imperialismus über weite Teile der Region aufrechtzuerhalten.

Die Rechnung der Herren in Washington und ihrer blutigen Handlanger ist jedoch nicht aufgegangen. Es ist ihnen zum einen nicht gelungen, die wichtigste antiimperialistische Kraft im arabischen Raum, die revolutionäre Bewegung des palästinensischen Volkes, auszuschalten und zu liquidieren. Zum anderen konnten sie nicht den Sturz des iranischen Schahregimes, ihrer zweiten wichtigen Stütze neben dem Zionistenstaat, verhindern. Gerade

die revolutionären Ereignisse im Iran haben zu einem weiteren Aufschwung der antiimperialistischen Bewegung im ganzen Nahen Osten geführt. Bezeichnend dafür ist auch die immer klarer zum Ausdruck kommende Kampfverbundenheit der Völker dieser Region, wie sie etwa in den gewaltigen Massendemonstrationen im Iran für die Sache Palästinas zum Ausdruck kam.

Zudem hat sich in Israel selbst mit der Verschärfung der politischen und wirtschaftlichen Krise auch der Widerstand der Werktätigen verstärkt. Wobei sich an den Kämpfen der verschiedensten Art zunehmend nicht nur die unter israelischer Besatzung lebenden Palästinenser, sondern auch die jüdischen Werktätigen beteiligen.

Alle diese Faktoren haben die amerikanischen Imperialisten und ihre Gefolgsleute in Tel Aviv in Schwierigkeiten gebracht. Und das ist auch der Grund dafür, daß Washington — ebenso wie die EG-Regierung — in der letzten Zeit mit allerlei Erklärungen und Initiativen für eine „neue“ Nahost-Politik Aufsehen erregen wollten. Eine dieser Initiativen war auch die von Carter persönlich betriebene Verständigung zwischen dem israelischen und dem ägyptischen Regime. Das in Camp David geschlossene und vom Weißen Haus ausgearbeitete Abkommen zwischen Kairo

und Tel Aviv sollte angeblich auch eine endgültige Lösung der nationalen Probleme des palästinensischen Volkes bringen.

Tatsächlich jedoch ist in diesem Abkommen die Zukunft der Palästinenser im Sinne der schon erwähnten „Autonomie“ geregelt. Und wie wir gesehen haben, ist der Zionisten-Chef Begin nicht einmal bereit, diesen Teil des Abkommens zu erfüllen. Und jetzt treibt also der Streit um die Autonomie die politische Krise der zionistischen Regimes weiter voran. Wie aber auch dieser Streit ausgehen mag, für die revolutionäre Bewegung des palästinensischen Volkes und der anderen Völker des Nahen Ostens ist er nur von geringer Bedeutung. Denn diese Bewegung fordert immer nachdrücklicher nicht irgend eine Form der Scheinautonomie, sondern die vollständige Selbstbestimmung der Palästinenser. Und sie ist so stark, daß es bis heute keine einzige Regierung des Nahen Ostens gewagt hat, sich dem von Washington ausgebrüteten Pakt Kairo = Tel Aviv offen anzuschließen. Unter diesen Umständen werden die Widersprüche im israelischen Regime und die Schwierigkeiten, die Carter damit hat, seinen Gefolgsmann Begin auf Kurs zu bringen, nicht zuletzt dazu beitragen, daß die Volksbewegung ihren Kampf gegen Imperialismus und Zionismus noch offensiver führen kann.

Bundesvereinigung Freundes- und Fördererkreis e.V.

RCDS

Ring Christlich-Demokratischer Studenten

RCDS Freundes- und Fördererkreis e.V. Neue Straße 34 48200 Dortmund

Firma
Kommunistische Partei Dts
Wellinghofer Str. 103

4600 Dortmund 30

Adenauer-Haus
Neue Straße 34
48200 Dortmund
Telefon 091 31-29021Postscheckamt Nürnberg
Konto-Nr. 1420 07-856 (BLZ 760 100 85)

Der RCDS ist der einzige bedeutende Studentenverband, der sich dem Ansturm der Linken entgegenstellt. Im letzten Semester konnte der RCDS wiederholt einige Volksfrontbündnisse aus Jungsozialisten, Kommunisten und Chaoten sprengen, doch ist diese Volksfront an den Hochschulen eine nicht zu unterschätzende Realität.

Die ständigen Aktionen überfordern die finanziellen Kräfte des RCDS bei weitem. - Deshalb erlauben wir uns, Sie um eine Unterstützung des RCDS zu bitten. Der Zukunft unserer Demokratie zuliebe. Für Ihre Hilfe danken wir Ihnen im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen
RCDS, Freundes- und Fördererkreis

Uwe Franke
Uwe Franke

P.S.: Ihre Spende ist steuerabzugsfähig - denn wir sind gemeinnützig.

Filbinger und der Zufall

Wie in der letzten Ausgabe des *Roten Morgen* bereits berichtet, hat der CDU-Spitzenmann und einstige badenwürttembergische Ministerpräsident Filbinger Mitte Oktober ein „Studienzentrum Weikersheim e.V.“ ins Leben gerufen, das sich der „geistig-moralischen Erneuerung“ Deutschlands verschrieben hat.

„Vereinigung zur moralischen und sittlichen Erneuerung Deutschlands“ heißt in dem bereits im August erschienenen Roman „Flächenbrand“ von Max von der Grün eine neofaschistische Gruppe, die immer gefährlichere Aktivitäten entwickelt: Friedhöfe werden mit nazistischen Parolen beschmiert, Gräber werden geschändet, Waffen werden verschoben und gehortet. An den Schaltstellen der Gruppe wirken altesottene Faschisten, sie verderben und vergiften die Jugendlichen, die in ihre Fänge geraten, machen sie reif für eine „geistige und moralische Erneuerung“, wie sie sie verstehen.

„Geistig-moralische Erneuerung“ strebt nun auch Filbinger mit seiner neugegründeten Vereinigung an. Die Ähnlichkeit der Bezeichnungen ist

frappierend. Wie der Zufall so spielt...

Oder hat Max von der Grün etwas geahnt und vorausgesehen? Dichter sollen ja mitunter in die Zukunft sehen können, und wenn's auch nur von August bis Oktober ist...

Oder hat gar schließlich und endlich Filbinger selbst sich bei der Benennung seiner Vereinigung von dem Vorbild der in dem Roman beschriebenen Neonazitruppe leiten lassen? - Kaum. Lesen denn überhaupt Leute vom Schlage eines Filbinger Bücher wie „Flächenbrand“? Vermutlich nicht. Die braunen Horden der SA, deren Mitglied der spätere Nazi-Blutrichter Filbinger war, warfen die Bücher des Geistes und des Fortschritts johlend auf die Scheiterhaufen. Hurra! Und nun wird wieder „geistig-moralisch erneuert“! Was damals rechtens war, soll wieder rechtens werden! ...

Pünktlichkeit ist eine Zier...

Wahrscheinlich Pünktlichkeit ist einer Linienmaschine der jugoslawischen Luftverkehrsgesellschaft über bekommen: Sie verspätete sich.

Die Maschine war am vorletzten Sonntagmorgen um 7.20 Uhr ausnahmsweise pünktlich von Belgrad nach Titograd gestartet. Über Titograd angekommen, bekam der Pilot jedoch keine Verbindung mit dem Kontrollturm. Eine Rückkehr nach Belgrad wurde schon erwogen. Da, nach mehreren Runden über dem Flughafen, kam doch ein Funkkontakt zustande, und die Maschine konnte landen - mit 30 Minuten Verspätung.

Um eine Erklärung waren die jugoslawischen Behörden bisher verlegen. Von einem „technischen Defekt“ war zunächst die Rede, dann von einem „Missverständnis“, und schließlich war keiner mehr „zuständig“. Die Aufklärung des Falles verlief sich in den Tiefen der jugoslawischen Bürokratie.

Wahrscheinlich aber ist dies: Als die Linienmaschine Titograd anflieg, saß der Lotse auf dem Kontrollturm gerade beim Kaffeeklatsch im Nebenraum, weil er, an Verspätungen von Linienflügen gewöhnt, nicht damit rechnete, daß die Maschine aus Belgrad ausnahmsweise einmal nach Flugplan ankommen werde.



Samstag, 3. November, 20.15 Uhr, West III

Comnagero. Englischer Dokumentarfilm (1974) über den Lebensweg des chilenischen Volkssängers Victor Jara, der als Anhänger Allendes von der Militärjunta verhaftet, gefoltert und schließlich ermordet wurde. Jaras Witwe schildert in diesem Film, der unter Verwendung von Archivmaterial sowie Liedern und Gedichten Victor Jara entstand, seine Entwicklung vom Bauernjungen zum Schauspieler, Theaterdirektor und Sänger.

Montag, 5. November, 22.50 Uhr, Hessen III

Zur Ansicht: Peter Weiss. Der Film von Harun Farocki gibt eine gute Einführung in das Werk des Schriftstellers Peter Weiss. Weiss wurde unter anderem durch das dramatische Werk *Die Ermittlung* bekannt, eine szenische Dokumentation des Auschwitz-Prozesses, die die Nazi-Verbrecher und ihre Hintermänner (zum Beispiel IG-Farben) unterbittlich bloßstellt.

Dienstag, 6. November, 20.15 Uhr, West III

Landesspiegel: Ein Land in Schutt und Asche. Untertitel: Krupps Waffenschmiede - Das Schicksal von Essen. Der Film berichtet über das Geschehen im Ruhrgebiet während des zweiten Weltkriegs. Vom Thema her sicher interessant und informativ.

Dienstag, 6. November, 22.00 Uhr, ZDF

Monsieur Verdoux - der Heiratsschwinder von Paris. Ein Film von und mit Charlie Chaplin aus dem Jahr 1947. Eine der amüsantesten und hintergründigsten Tragikomödien der Nachkriegszeit.

Freitag, 9. November, 23.00 Uhr, ARD

Ein Tag. Bericht aus einem deutschen Konzentrationslager. Von Gunther R. Lys. Regie: Egon Monk. Der Film schildert minutiös (der Autor war politischer Häftling im KZ Sachsenhausen) den Ablauf eines Tages im KZ.

Was ist los mit dem RCDS?...

Was ist los mit dem RCDS, diesem Reaktionären Clan Dünkelhafter Studenten? Ausgerechnet unsere KPD/ML pumpt dieser CDU/CSU-Ableger um eine Spende an - zur Finanzierung des Kampfes gegen den Marxismus an den Hochschulen. - Sind die Spenden der Industrie tatsächlich so spärlich geworden, daß diese jungen Antikommunisten schon das Äußerste versuchen müssen? Oder ist diesen schwarzen Nachwuchspolitikern beim Durchhecheln des Firmenregisters das sprichwörtliche Brett vor dem Kopf tatsächlich schon so weit über die Augen gerutscht? Oder haben sie sich nur in der Adresse geirrt? - Wir wissen es nicht.

Über das Bittgesuch hat unsere Finanzabteilung bis heute noch nicht entschieden. Geduld!

Hunsrück/Alb-Donau-Kreis

Panzer überrollen Landwirtschaftsmaschinen

Proteste gegen Militär-Manöver

SIMMERN(Hunsrück). - Unter den ständigen Manövern der NATO-Truppen hat vor allem die Zivilbevölkerung der betroffenen Landstriche zu leiden. In einem Schreiben an den rheinland-pfälzischen Innenminister hat nun der Bauern- und Winzerverband im Rhein-Hunsrück-Kreis gegen die ständigen Manöver und Manöverschäden protestiert, die „das Maß des Zumutbaren übersteigen“.

Im Rhein-Hunsrück-Kreis, so ermittelte der Verband, liefen in den vergangenen zwölf Monaten mehr als 60 militärische Übungen und Manöver, und für die nächsten Wochen sind weitere angekündigt.

Die Liste der angerichteten Schäden ist lang: Bei der Gemeinde Neuer Kirch bei Simmern mußten US-Panzer aus dem Quellwasserschutzgebiet vertrieben werden; um ein Haar wären die Panzer mitten durch eine Trinkwassertiefbohrung gefahren. In mehreren Fällen wurden landwirtschaftliche Maschinen und Geräte auf den Feldern von den schweren Kettenfahrzeugen überrollt. Ein Landwirt fand auf seinem Acker sogar Übungsmunition. Als er sie beiseite räumen wollte, explodierte ein Geschoss und verletzte

ihn an der Hand.

Viele Bürgermeister zögerten in der letzten Woche noch mit der Zusammenstellung der Manöverschäden, weil für die nächsten Tage weitere Übungen angesetzt waren.

Bereits Anfang Oktober hatten kanadische Panzer ein Fünftel der Gemarkung der Gemeinde Nellingen im Alb-Donau-Kreis bei Manöverübungen verwüstet. Rund 100 Eigentümer von 390 Flurstücken wurden dadurch geschädigt. Wie aus einer Dokumentation des Bürgermeisteramtes von Nellingen hervorgeht, beträgt allein der Sachschaden an Feldern und Wiesen 60 000 Mark. Die entstandenen Wegeschäden auf dem Gemeindegebiet konnten noch nicht ermittelt werden.



Vielfältig sind die Proteste gegen Militärmanöver und -maßnahmen. Das Bild zeigt den Protest von rund tausend Bürgern im Wald von Lampertheim gegen die Erweiterung eines amerikanischen Übungsplatzes zum Schießgelände.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr ☐ für 1/2 Jahr ☐ Probenummer

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich ☐ halbjährlich
DM 60.- DM 30.-

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.



Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Walker Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel. 0231/83 23 28, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr.

4100 DUISBURG 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube“, Alleestr. 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Kiarastr. 29, geöffnet: Di und Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“ Schulterblatt 98,

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD/ML, Ellsenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6700 LUDWIGSHAFEN (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit“, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr. 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.